

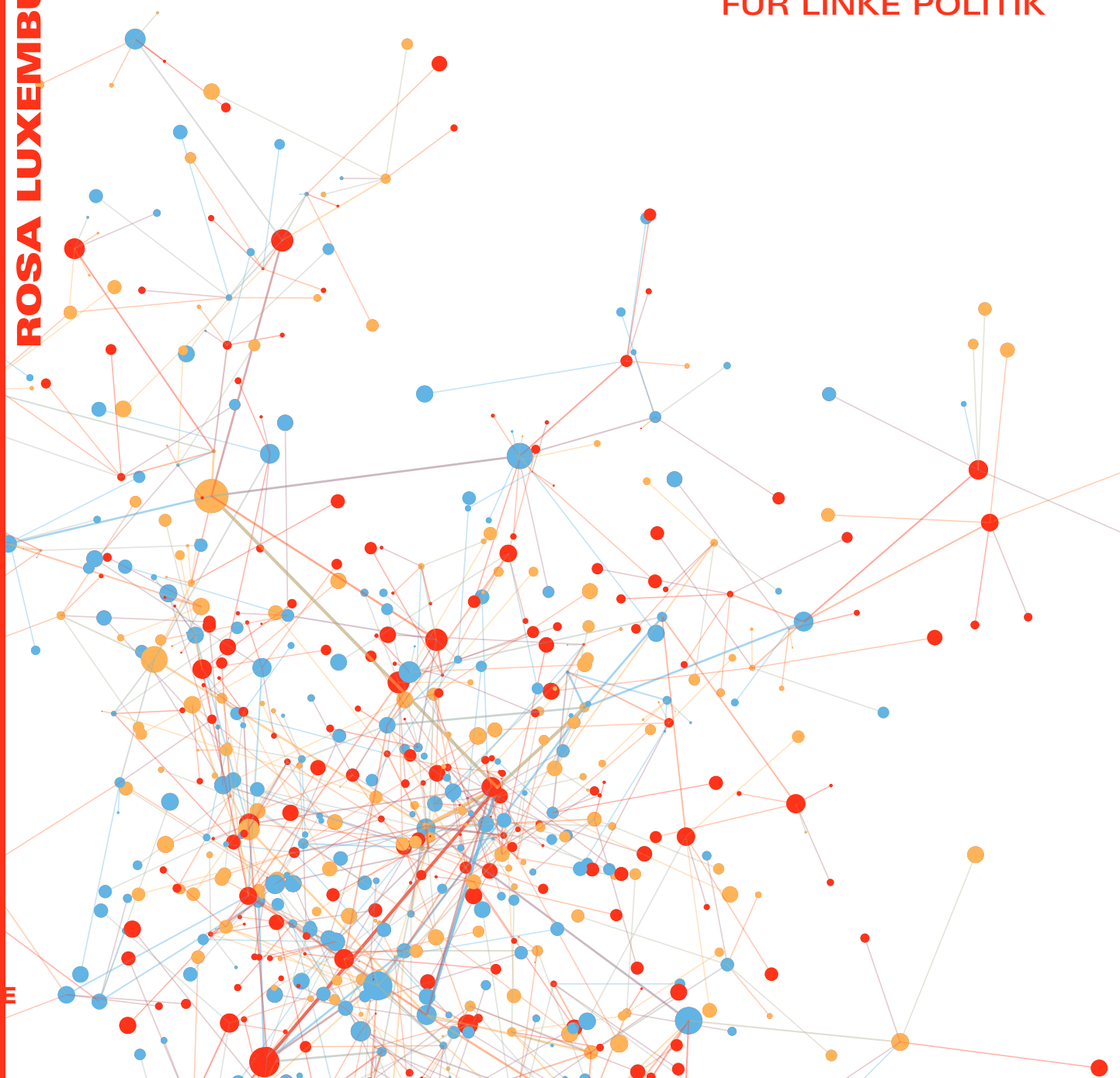
STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

THOMAS MICKAN

DIE POLITIK DER MILITÄRISCHEN ERTÜCHTIGUNG

KRITIK UND SCHLUSSFOLGERUNGEN
FÜR LINKE POLITIK



THOMAS MICKAN

**DIE POLITIK
DER MILITÄRISCHEN
ERTÜCHTIGUNG**

**KRITIK UND SCHLUSSFOLGERUNGEN
FÜR LINKE POLITIK**

THOMAS MICKAN hat Politische Theorie in Berlin, Helsinki und Frankfurt a. M. studiert. Als Mitglied des Beirats der Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI) ist er in verschiedenen friedenspolitischen Zusammenhängen aktiv und forscht zum Thema poststrukturalistische Militärkritik.

IMPRESSUM

STUDIEN 04/2016 wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Februar 2016

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Einleitung	5
1 Die Idee der Ertüchtigung	7
1.1 Training als militärische Wesensform	7
1.2 Politischer Kontext in Deutschland	9
1.3 «Ownership» und «Statebuilding»	12
2 Das internationale Umfeld	14
2.1 Vorbild USA	14
2.2 Erprobungsfeld Afrikanische Union	16
2.3 Leitbild Vereinte Nationen	18
3 Deutsche Einsätze	20
3.1 Vergangene Einsätze	20
3.2 Dauereinsatz Afghanistan	21
3.3 Neue Ertüchtigungseinsätze	23
3.4 Militärische Ausstattungshilfe und Rüstungsexporthilfen	26
4 Die Probleme der Ertüchtigung und politische Schlussfolgerungen	29
Literatur	32

EINLEITUNG

Im Jahr 2016 wird das neue Weißbuch der Bundeswehr veröffentlicht. Es muss davon ausgegangen werden, dass es eine Verstärkung der militärischen Präsenz Deutschlands in der Welt propagieren und eine entsprechende Aufrüstung fordern wird. Die stetige Erhöhung des Verteidigungshaushalts, das geplante Rüstungsinvestitionspaket über 130 Milliarden Euro und das wiederholte Säbelrasseln von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Bundespräsident Joachim Gauck und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, das sie mit einem Ruf nach mehr «deutscher Verantwortung» flankieren, ist erst der Auftakt.

Ausgehend von den Ergebnissen des Review-Prozess 2014 des Auswärtigen Amtes kann damit gerechnet werden, dass auch im neuen Weißbuch (wie bereits im Weißbuch von 2006) ein vernetzter beziehungsweise hybrider Ansatz im Mittelpunkt stehen wird, der verschiedene «Instrumente» außen- und sicherheitspolitischer Machtausübung zu einem bunten Strauß zusammenschürt. Dem deutschen Militär – als vermeintlich einem Instrument unter vielen – wird darin jedoch eine zentrale Rolle zukommen, sei dies in der Nato-Ostverlagerung und der neu geschaffenen Nato-Speerspitze, im Cyberkrieg oder der Politik der militärischen Ertüchtigung. Mit Letzterer setzt sich dieser Text auseinander.

Militärische Ertüchtigung wird dabei vorerst als eine Politik verstanden, in der in anderen Staaten militärische Strukturen aufgebaut und mit dem nötigen Material ausgestattet werden. Die Praxis der Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten ist, ebenso wenig wie die Kritik daran, in Deutschland nicht neu.¹ Allerdings ist sie für die deutsche Politik zunehmend zu einer Art Allzweckwaffe geworden, die sich im Rahmen des neuen «Verantwortungsdiskurses» legitimieren lässt und die sowohl militärische Machtprojektion und Rüstungsexporte als auch Kontrolle über andere Länder ermöglicht, ohne sich auf langfristige, teure und personalintensive Einsätze einlassen zu müssen – auch wenn sie sich gegenseitig nicht ausschließen müssen!²

Zentrale Fragen dieser Arbeit sind: Unter welchen militärischen und politischen Gegebenheiten entsteht die Idee der Ertüchtigung? In welchem weltpolitischen Umfeld lässt sich der deutsche Vorstoß zu neuen Ausbildungseinsätzen einordnen? Welche Einsätze fanden statt, und wie haben sich die Einsätze in den letzten Jahrzehnten verändert? Welche Probleme bringt die militärische Ertüchtigungspolitik mit sich? Und wie kann eine linke Kritik an der Politik militärischer Ertüchtigung aussehen?

Im Wissen um die politisch gewollte Vermischung von Militärischem, Polizeilichem und Zivilem und der damit einhergehenden Gewöhnung an das Militärische und dessen weltweitem Einsatz wird hier bewusst der Versuch unternommen, «militärische Ertüchtigung»

möglichst begrenzt zu betrachten.³ Daher beginnt die Auseinandersetzung auch nicht mit dem (deutschen) politischen Kontext im engeren Sinne, vielmehr wird die Frage gestellt, welche Rolle Ertüchtigung für das Militär spielt. Ertüchtigung wird dabei als eine Form von Ausbeutung verstanden (Kapitel 1.1). Erst daran anschließend wird auf die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion eingegangen (Kapitel 1.2), um in Kapitel 1.3 zwei zentrale konzeptuelle Grundlagen für die Politik der militärischen Ertüchtigung darzustellen: «Ownership» und «Statebuilding». Die vor allem im Zuge von «Statebuilding» anzutreffende Sicherheitssektorreform⁴ wird hier größtenteils unter den Begriff der Ertüchtigung gefasst, da diese in der Praxis vor Ort so gut wie nicht voneinander zu unterscheiden sind und ihr Unterschied lediglich in der politisch vorgetragenen Semantik zu suchen ist. Eine Semantik, die militärische Ausbildung und Ausrüstung nicht mehr im Kontext von Staatsaufbau versteht, sondern in der Übernahme deutscher Verantwortung, die in ihrer moralischen Überheblichkeit versucht, in der Welt und insbesondere im Globalen Süden mithilfe des Militärs Ordnung zu stiften.

In Kapitel 2 richtet sich der Blick auf das internationale Umfeld. Wichtiges Vorbild für die deutsche Politik der militärischen Ertüchtigung ist dabei der Nato-Partner USA. Militärausbildung in Drittstaaten genießt hier nicht nur eine lange Tradition, sondern ist auch eine lebendige politische Praxis (Kapitel 2.1). Sowohl für die USA, aber noch stärker für Deutschland (und die Europäische Union) sind die Afrikanische Union (AU) und die afrikanischen Staaten ein entscheidendes Erprobungsfeld, in dem – auch anknüpfend an koloniale Muster – militärische Ertüchtigung in immer stärkerem Maße und nahezu ausufernd stattfindet (Kapitel 2.2). Die legitimierende Begleitmusik steuern die Vereinten Nationen (UN) bei, insbesondere mit dem Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P), dessen entscheidende Neuerung die Legitimation einer weltweiten Ertüchtigung und damit Aufrüstung bedeutet (Kapitel 2.3).

Das Kapitel 3 beschäftigt sich mit konkreten deutschen Militäreinsätzen, die entweder selbsternannte Einsätze zur Ertüchtigung sind oder waren, oder zu

¹ Hierzu ausführlich: Schürkes, Jonna: Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten, in: IMI (Hrsg.): Krisenmanagement: «Sicherheitsarchitektur» im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 31–41; Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Sicherheit oder Aufrüstung? Europäisch-afrikanische Militärkooperation, Broschüre GUE/NGL, 2011; Dagdelen, Sevim: Gewaltexport in den Globalen Süden – Polizeiliche und militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe durch Deutschland und die EU, Broschüre DIE LINKE, 2013. ² Puglierin, Jana/Feyock, Sebastian/van Diepen, Yvonne: Ertüchtigen statt wegsehen, in: Internationale Politik 2/2014, S. 60–65. ³ Zu Polizeieinsätzen und Ausbildung vgl. die quartalsweisen Anfragen der Fraktion DIE LINKE, Drucksachen 18/7354, 18/6532, 18/5814, 18/5014, 18/3979, 18/2986, 18/2553, 18/2286, 18/1321, 18/676, 18/154, 17/14552, 17/13437, 17/12469, 17/11251, 17/10450, 17/9536, 17/8688, 17/7617, 17/6710, 17/6034, 17/4939, 17/3931, 17/2845, 17/2264, 17/1006, 17/84, 16/12968, 16/11548, 16/11314, 16/10252. ⁴ Zu Sicherheitssektorreformen im Zuge von EU-Einsätzen vgl. Schürkes, Jonna: «Die Leute vor Ort machen die Drecksarbeit ...», IMI-Analyse 41, Tübingen 2010.

dessen Komponenten sie gehören. Die Fülle der Einsätze zwingt zu einer nur skizzenhaften Behandlung einzelner Fälle; stärker richtet sich der Blick deshalb auf die Entwicklung, um das Fortschreiten der Politik der Ertüchtigung aufzuzeigen.

Abschließend werden in Kapitel 4 die wichtigsten Probleme dieser Politik diskutiert: Ertüchtigung als

Ausbeutung, die Illusion gerechter Gewalt im Konzept des «Fair-Fight-Soldier», die Verharmlosung von Ausrüstung und militärische Gewöhnung sowie die Geschäfte durch die Hintertür. Schließlich sollen dabei auch mögliche Schlussfolgerungen für linke Friedens- und Antikriegspolitik gezogen werden.

1 DIE IDEE DER ERTÜCHTIGUNG

1.1 TRAINING ALS MILITÄRISCHE WESENSFORM

Rüstung, Logistik und Training sind wichtige Säulen des Militärischen und der Vorbereitung von Kriegen. Auch und insbesondere in vermeintlichen Friedenszeiten versetzen sie die staatliche Gewalt in ihrer institutionalisierten Form in den Kasernen in die Lage, ihr Herrschaftspotenzial im Ernstfall abzurufen. Training bedeutet für die Menschen Einübung darin, sich unterzuordnen, zu gehorchen, die Welt in FreundIn und FeindIn aufzuteilen und zu funktionieren. Es bedeutet, Herrschaft ausüben zu können und letztlich auch zu töten sowie das eigene Leben für ein vermeintlich höheres Gut hinzugeben. Die praktische Ausbildung an der Waffe oder das Erlernen von Taktik in Kampfsituationen, die von militärischen Ritualen begleitet werden, sind lediglich die äußere Erscheinungsform der Zurichtung:

Der zivile Bürger, der dem Tötungsverbot unterliegt, wird aufgenommen in das Militär. Durch körperlichen Drill und Demütigung, geistige und physische Disziplinierung, Initiations- und Schwellenrituale wird der individuelle Körper Glied des «Truppenkörpers». «Der menschliche Körper geht in eine Machtmaschinerie ein, die ihn durchdringt, zergliedert und wieder zusammensetzt.» (Foucault 1981: 176) Er wird seinem Individuum enteignet und – ausgebildet und geformt – wieder eingegliedert in die Geschlossenheit des militärischen Kollektivkörpers, der dem Tötungs- und Sterbegebot unterworfen ist.⁵

Gehorsamkeitsproduktion

Doch diese Machtmaschine ist kein reines Instrument der Interessendurchsetzung. Sie überformt zivile Landschaften, sie durchdringt die Welt der Politik mit der Vorstellung, Normen auch mit Gewalt durchsetzen zu können. Menschen für die Welt des Militärs zu ertüchtigen bedeutet, sie fundamentaler Grundrechte zu berauben, sie hypermaskulinen Praxen auszusetzen und einer grauen Zone des notwendig Geheimen, des Gewaltvollen zuzuführen. Es bedeutet, sie zu einer demokratiefreien Masse Mensch zu formen, die durch Befehl und Gehorsam bereit sein soll, zu töten und in letzter Konsequenz zu sterben:

GENERAL, DEIN TANK IST EIN STARKER WAGEN.

Er bricht einen Wald nieder und zermalmt hundert Menschen.
Aber er hat einen Fehler:
Er braucht einen Fahrer.

General, dein Bomberflugzeug ist stark.
Es fliegt schneller als ein Sturm und trägt mehr als ein Elefant.
Aber es hat einen Fehler:
Es braucht einen Monteur.

General, der Mensch ist sehr brauchbar.
Er kann fliegen und er kann töten.
Aber er hat einen Fehler:
Er kann denken.⁶

Das hier von Bertolt Brecht angesprochene «Denken» gilt es im militärischen Training auszuschalten oder wenigstens so zu formen, dass die am weitesten verbreitete soldatische Widerstandspraxis, die Desertion, möglichst unterbleibt – auch wenn alle Kriege und deutschen Militärintstitutionen der Geschichte zeigen, dass es sie immer gegeben hat.⁷ Die Disziplinierung ist dabei eine doppelte: Sie richtet sich sowohl auf die Befehlsgebenden als auch auf das soldatische Subjekt selbst.⁸ Wichtigste Disziplinierungstechniken sind eine «umfassende Reglementierung und Normierung des soldatischen Alltags [...], [der] der Soldat beim besten Willen nicht gerecht werden [kann]» (auch Normenfalle genannt), eine ständige Überlastung, bei der «mehrere nicht miteinander vereinbare Forderungen an den Soldaten gestellt werden», sowie der Drill, «die körperliche Einübung der Befehls- und Gehorsams-schemata».⁹ Demnach führt gerade eine verstärkte Normeneinführung, wie sie in der durchnormierten Bundeswehr der Fall ist, bei möglichen Ertüchtigungsmaßnahmen zu Gehorsamkeitsproduktion. Die Politik der Ertüchtigung ist somit immer eine Politik der Gehorsamkeitsproduktion.

Die Bundeswehr versucht, über sogenannte Einsatztagebücher vermeintliche Transparenz herzustellen. SoldatInnen berichten darin quasi aus «erster Hand» von ihren Erfahrungen. Wiewohl hier keine systematische Auswertung dieser Selbstdarstellung der Bundeswehr erfolgen kann, so illustrieren einzelne Beiträge, wie gezielt an der beschriebenen Gehorsamkeitsproduktion bei den Ertüchtigungseinsätzen gearbeitet wird (hier am Beispiel des EU-Einsatzes EUTM Somalia):

«Es existiert in der somalischen Armee keine einheitliche Ausbildungsdoktrin, an der wir uns orientieren könnten. Die Erfahrung zeigt, dass sowohl in der Vergangenheit als auch bei den anderen internationalen Ausbildungsmissionen hier in Somalia meist mit amerikanischen Handbüchern gearbeitet wird», ergänzt Hauptmann G., deutscher Ausbilder des Zugführer-Kurses. Auch er ist zufrieden mit der Befehlsausgabe am Geländesandkasten: «Ordnung und Disziplin während der Befehlsausgabe sind die größten Kritikpunkte, aber wir machen Fortschritte!»¹⁰

Cliquen- und Elitenbildung

Eine weitere Folge der militärischen Ausbildung und ihrer Disziplinierungstechniken ist die Bildung von «Solidargemeinschaften».¹¹ Diese militärisch beabsichtigte Cliquen- und Elitenbildung dient dazu, sowohl affektive

⁵ Euskirchen, Markus: Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstrumentes, Köln 2005, S. 196. Sowie: Foucault, Michel: Überwachen und Strafen, Frankfurt a. M. 1981. ⁶ Brecht, Bertolt: Gedichte 2. Gesammelte Werke 9, Frankfurt a. M. 1967, S. 638. ⁷ Exemplarisch: Baumann, Ludwig: Niemals gegen das Gewissen, Freiburg 2014. ⁸ Euskirchen: Militärrituale, S. 67. ⁹ Ebd., S. 68. ¹⁰ Bundeswehr/Autorenteam Deutsche Anteile EUTM Somalia: EUTM Somalia: Ausbildungserfolge werden sichtbar, 26.3.2015. ¹¹ Euskirchen: Militärrituale, S. 71.

Kontrolle durch die Gemeinschaft auszuüben und damit den Gehorsam zu erhöhen als auch Kameradschaften auszubilden, die bereits während des aktiven Militärdienstes, aber auch darüber hinaus – verstärkt durch Reservistenverbände – zum Tragen kommen. Welche Rolle solche Seilschaften in einem demokratischen Gemeinwesen spielen, sowohl in Deutschland als auch in anderen (ertüchtigten) Ländern, ist insbesondere dem Umfang nach schwer zu beurteilen, gewiss scheint jedoch, dass sie kaum förderlich für eine plurale Gesellschaft sind. Insofern heißt Ertüchtigung auch Entdemokratisierung.

Eindringlich warnend haben dies in Deutschland die Recherchen des *Tagesspiegels* und des Fernsehmagazins «Fakt» zur sogenannten Afghanistan-Connection gezeigt.¹² «Das Netzwerk», das aus Afghanistankriegern der «Generation Einsatz» besteht, «dominiert heute die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik», heißt es in dem Beitrag. Was das im Einzelnen für das militärpolitische Gefüge in Deutschland bedeutet, muss erst noch erforscht werden. Dass sich die deutsche Sicherheitspolitik aber mit einer «Generation Einsatz» konfrontiert sieht, die den Auslandseinsatz als das Maß der Dinge versteht, steht außer Frage: «Afghanistan-Erfahrung gehört in der Bundeswehr mittlerweile zur Karriereplanung dazu. Vorgesetzte ohne Einsatzmedaille, so heißt es schon, werden von ihren Untergebenen nicht mehr ernst genommen.»¹³ Wenn der grüne Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour in diesem Zusammenhang von «verfehlter Kameradschaft» spricht,¹⁴ verkennt er, dass es nicht die «verfehlte», sondern die zwangsläufige Form von Kameradschaft ist, die sich durch das Training als militärische Wesensform ausbildet.

Ertüchtigung als Ausbeutung?

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum sich Menschen diesem Drill aussetzen (müssen). Auch wenn die Situation in Deutschland schwer mit beispielsweise der in Afghanistan – ein Land, in dem Deutschland ertüchtigt – zu vergleichen ist, ist die Antwort in der Hauptsache im Sozialen zu suchen. Dabei ist gewiss nicht abzustreiten, dass die konkrete Motivation, SoldatIn zu werden, sehr unterschiedlich sein kann. Ulrich vom Hagen konstatiert etwa für Deutschland, dass ein politischer «Konservatismus» wesentlichen Einfluss auf diese Entscheidung hat.¹⁵ Neben derlei ideologischen Bezügen macht aber Jonna Schürkes klar: «In vielen Fällen ist eine gewisse Perspektivlosigkeit Voraussetzung dafür, dass jemand Soldat wird [...]»¹⁶ Die «Attraktivitätsagenda» der Bundeswehr versucht, insbesondere nach der Aussetzung der Wehrpflicht, an diese Perspektivlosigkeit anzuschließen. Auch wird die Rekrutierung in Arbeitsagenturen und auf Ausbildungsmessen fortgesetzt.¹⁷

Für Afghanistan zeigt sich ein viel grausameres Bild sozialer Not, die vor allem durch den Krieg weiter verschärft wurde und die in paradoxer Weise dazu führt, dass Menschen im Militär eine Chance sehen, ihre Fa-

milie zu ernähren oder sozial aufzusteigen. So sollen nach Angaben des afghanischen Innen- und Verteidigungsministeriums von Kriegsbeginn bis Ende 2015 rund 25.000 afghanische Polizei- und Militärangehörige getötet worden sein. Im Jahr 2009 wurde dabei ihr Sold, für den sie sich im Krieg verkaufen müssen, um 45 US-Dollar auf 165 US-Dollar pro Monat für niedrige und rund 1.000 US-Dollar für die höchsten Dienstgrade angehoben.¹⁸ Ob beziehungsweise welcher Teil des Geldes die SoldatInnen tatsächlich erreicht, können 2015 selbst die USA als größter Geldgeber nicht sagen.¹⁹ Auch wenn diese Zahlen die Perspektivlosigkeit nur sehr abstrakt widerspiegeln, die die Menschen dazu nötigt, sich ertüchtigen zu lassen, veranschaulichen sie gleichzeitig ein erstaunliches Missverhältnis zwischen den Kosten der Ausbildung und dem Sold, den die ausgebildeten SoldatInnen, die das Haupttrisiko tragen, bekommen: Während der Jahressold der afghanischen Kräfte weniger als 2.000 US-Dollar beträgt, liegen die jährlichen Ausbildungskosten pro SoldatIn bei 46.000 US-Dollar.²⁰

Festzuhalten bleibt, dass Training einen Teil der militärischen Wesensform darstellt. Die Produktion von Gehorsam, von Unterordnung und tödlicher Gefolgschaft ist dabei eine direkte Folge einer sozialen Frage, die umso wesentlicher ist, je perspektivloser sich die Lage für die Menschen darstellt. Mögliche Zwangsrekrutierungen durch eine Wehrpflicht, das hohe Risiko zu sterben oder Fahnenflucht zu begehen sind dabei noch nicht berücksichtigt. Die Idee der Ertüchtigung bedeutet, Gehorsamkeit zu produzieren und die Optimierung von Gewalt zu exportieren.

Die Bilder, die in der Öffentlichkeit verbreitet werden und Menschen bei der direkten Ausbildung an der Waffe zeigen, vermitteln diesbezüglich ein unvollständiges Bild. Sie reduzieren solche Einsätze der Bundeswehr auf eine an die Entwicklungszusammenarbeit angelehnte Hilfe zur Selbsthilfe und das rein technische Training an Waffen. Ein so technisiertes Verständnis blendet jedoch die sozialen Umstände der zu Ertüchtigenden aus und verkennt den Export militärischer Lebensauffassung und der damit verbundenen Ausbeutung der Rekrutierten. Mit dem viel beschworenen «Demokratieexport», der indes zu Recht kritisiert wird, hat dies nichts gemeinsam. Ertüchtigung ist so die willentliche Ausbeutung im militärischen Dienst, die letztlich die sozialen Notlagen reproduziert,

¹² Frenzel, Markus/Schmidt, Michael: Die Afghanistan Connection. Filmbeitrag, 2014, unter: www.afghanistan-connection.de/. ¹³ Chauvistré, Eric: Beraten statt kämpfen in Afghanistan, in: Deutschlandfunk, 27.9.2014. ¹⁴ Omid Nouripour zitiert nach Frenzel/Schmidt: Die Afghanistan Connection. ¹⁵ Hagen, Ulrich vom: Homo militaris, Bielefeld 2012, S. 54, 175. ¹⁶ Schürkes, Jonna: Wer wird Soldat? Zur Motivation junger Menschen, Soldat zu werden, in: Wissenschaft & Frieden 4/2014, S. 15–16. ¹⁷ Ebd. sowie Mickan, Thomas: Die Bundeswehr – der attraktive Konzern von nebenan?, in: Deutschland: Wi(e)der die Großmacht, Broschüre der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen 2015, S. 28–32. ¹⁸ Nato/Resolute Support: Afghan National Security Forces Get Pay Raise, Onlineportal. ¹⁹ Sleiman, Jad: IG: US can't verify how money for Afghan troop salaries is being spent, in: Stars and Stripes, 29.4.2015. ²⁰ Dreazen, Yochi J.: The U.S. Spends \$14K per Afghan Troop per Year, but Each Earns \$1,872, in: The Atlantic, 16.4.2012.

die die Voraussetzung für diese Politik darstellen, und zudem soziale Notlagen sind, für die die Ertüchtigenden durch ihre Kriegs- und Wirtschaftspolitik mitverantwortlich sind.

Der Begriff der Ausbeutung ist hierbei nicht in einem marxistischen Sinne zu verstehen. Marx beschreibt die Beziehung zwischen KapitalistIn und ProletarierIn und die unvergütete Aneignung des erwirtschafteten Mehrwerts der geleisteten Lohnarbeit durch die KapitalistInnen sowie die dadurch fortgesetzte Aufrechterhaltung der Bedingungen der Unterwerfung der ArbeiterInnen. Im Unterschied dazu wird Ausbeutung hier und im weiteren Verlauf in einem allgemeineren Sinne verstanden: als die systematische Ausnutzung einer Schwächesituation oder Zwangslage der zu ertüchtigenden Menschen, deren Chance, ihr eigenes (Über-)Leben damit zu sichern, in einem krassen Missverhältnis zu deren Aufwendungen steht, nämlich der Verfügbarmachung ihres eigenen Lebens und der potenziellen Gefährdung anderer. Ferner führt der in unterschiedlicher Intensität ausgeprägte Zwang, sich ertüchtigen beziehungsweise ausbeuten zu lassen, dazu, dass die Bedingungen der eigenen Ausbeutung – wie oben ausgeführt – aufrechterhalten und reproduziert werden.

1.2 POLITISCHER KONTEXT IN DEUTSCHLAND

Wenn Ertüchtigung ein Ausbeutungsverhältnis darstellt, wie und in welchen politischen Kontexten in Deutschland kann dann diese Form der Politik propagiert und umgesetzt werden? Neben dem Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien 1999 stellt die Beteiligung am Afghanistankrieg ohne Frage die wichtigste Zäsur dar. Nie zuvor waren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges so viele deutsche SoldatInnen im Kriegseinsatz, wurden verwundet oder verwundeten, wurden getötet oder töteten.²¹ Leider ist die Lehre aus diesem verheerenden Einsatz, derartiges künftig zu unterlassen, bislang nicht gezogen worden. Die sicherheitspolitische «Lessons learned»-Debatte beschränkte sich stattdessen auf die Fragen, wie das Militär optimiert werden könnte oder welche anderen Formen militärischer Betätigung die großen Einsätze eigener SoldatInnen ergänzen oder helfen könnten, sie zu vermeiden. Lühr Henken fast die Schlussfolgerung aus manchen Bundeswehrkreisen so zusammen: «Schuld seien allerdings nicht die Militärs, sondern die Politik. Sie habe bei der Umsetzung versagt. Alles wäre zu spät gekommen oder gar nicht: Polizei aufbauen, Drogenhandel einschränken, Justiz fördern, Milizen abbauen sowie die afghanische Armee ausbilden.»²² Die neue Nato-Mission in Afghanistan «Resolute Support» knüpft an diese Schlussfolgerungen an. Brigadegeneral Harald Gante, bis Ende Februar 2015 Kommandeur des Bundeswehrabschnitts Nord von «Resolute Support», erklärt die Aufgaben dieses weiteren, zum Scheitern verurteilten Versuchs militärischer Ordnungsstiftung so:

Das muss man sich vorstellen wie eine Unternehmensberater Tätigkeit. Die afghanischen Sicherheitskräfte müssen nicht mehr bei Operationen begleitet werden, sondern es geht jetzt darum, in der nächsten Zeit die Nachhaltigkeit zu sichern. [...] Im Vordergrund steht dabei, von außen sich die Prozesse innerhalb der afghanischen Armee zu betrachten und dort, wo Defizite gemeinsam erkannt werden, gegenzusteuern. Das betrifft zum Beispiel solche Bereiche wie Logistik, solche Bereiche wie Personalführung, Personalplanung oder eben auch Ausbildungsunterstützung.²³

Ertüchtigung wird nach den zwangsläufig gescheiterten, großen Einsätzen so auch zum neuen Sinngebungsprozess für deutsche SoldatInnen nach innen sowie für die Bundeswehr nach außen.

E2I, die Merkel-Doktrin und die 100-Millionen-Euro-Frage

Wie bereits im vorherigen Kapitel ausgeführt, greift es zu kurz, die derzeitige Konjunktur von Ertüchtigungseinsätzen allein mit dem Scheitern des Afghanistankrieges in Verbindung zu bringen. Zu groß ist die erwachte Lust der deutschen Politik, die Bundeswehr weltweit als «Unternehmensberaterin» einzusetzen, um die Verhältnisse zu reproduzieren, die erst zur vermeintlichen Notwendigkeit von Ertüchtigungen geführt haben. Dabei ist im Einzelnen oft nicht zu trennen, ob diese Vorstöße von deutscher Seite, von der Europäischen Union (EU), der Nato oder gar den Vereinten Nationen ausgehen.

Auf EU-Ebene wurde beispielsweise die Ertüchtigungsinitiative mit dem Namen «Enable and Enhance Initiative» (E2I) Ende 2013 auf den Weg gebracht. Die deutsche Bundesregierung war dabei die treibende Kraft in der EU, um auf dieser Grundlage weitere Ausbildungseinsätze rechtfertigen und vorantreiben zu können.²⁴ Auch wenn die E2I bislang eher auf dem Papier existiert, in ihrer Entwicklung stagniert²⁵ und nach verbreiteter Lesart «explizit als eine kostengünstige, anforderungsarme Alternative zum gescheiterten Staatsaufbau konzipiert [wurde],²⁶ macht die Politik von ihr bereits Gebrauch. So rechtfertigte etwa die Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bundeswehreinätze in Mali oder Somalia mit Verweis auf die E2I.²⁷ Nach Puglierin und Feyock habe man sich zudem in der «EU mittlerweile anstatt auf E2I» auf «die eher konsensfähige Bezeichnung «Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung» (CBSSD)» geeinigt²⁸ bezie-

21 Mickan, Thomas: Wie viele Menschen hat die Bundeswehr in Afghanistan getötet?, in: IMI-AUSDRUCK, Februar 2015, S. 12–14. 22 Henken, Lühr: Militärische «Lehren» aus Afghanistan?, in: Deutschland: Wi(e)der die Großmacht, Broschüre der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen 2015, S. 47–50. 23 Gante, Harald, in: Chauvistré: Beraten statt kämpfen in Afghanistan. 24 Major, Claudia/Mölling, Christian/Vorrath, Judith: Bewaffnen + Befähigen = Befrieden? Für Stabilisierung ist mehr nötig als Ausbildung und Gerät, SWP-Aktuell A 74/2014, S. 2. 25 Puglierin, Jana/Feyock, Sebastian: Deutschland ertüchtigt, in: Internationale Politik 1/2016, S. 115–119. 26 Eckhard, Steffen/Rotmann, Philipp: Ungenutztes Potenzial: für eine politische Strategie beim Einsatz von Polizei in den Friedenseinsätzen der EU, in: Friedensgutachten 2014, Münster 2014, S. 122. 27 Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Hollande anlässlich des EU-Afrika-Gipfels, 2.4.2014, unter: bundeskanzlerin.de. 28 Puglierin/Feyock: Deutschland ertüchtigt; zu CBSSD vgl. Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat: Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung, Brüssel, den 28.4.2015 JOIN(2015) 17 final.

ungsweise nach von Boemcken auf den Namen «Train and Equip».²⁹

Auf Bundesebene sorgten Äußerungen der Kanzlerin 2011 für einen medialen Aufschrei, auch wenn die sogenannte Merkel-Doktrin den Sprung vom Feuilleton in die Geschichtsbücher wohl nicht schaffen wird:

Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien.³⁰

Die AutorInnen des *Spiegel*, die den Begriff Merkel-Doktrin prägten, hatten in erster Linie die Rüstungsgeschäfte mit Staaten wie Saudi-Arabien im Blick.³¹ Es wird sich im Folgenden jedoch zeigen, dass im Zusammenspiel von Rüstungslieferungen und Ausbildung weitere Faktoren eine Rolle spielen als lediglich der zu Recht zu verurteilende und keineswegs gering zu schätzende Faktor Export von Waffen zur Profitmaximierung deutscher Unternehmen. Puglierin ist insofern zuzustimmen, dass es verkürzt ist, Ertüchtigung allein auf die Komponente, neue Rüstungsexporte legitimieren zu wollen, zu beschränken.³²

Ertüchtigung fügt sich in die Idee eines vernetzten Ansatzes ein, der sich aufgrund seiner politisch-militärisch-ökonomischen Verflechtungen – wie gezeigt werden wird – in zahlreichen sicherheitspolitischen Regierungsdokumenten wiederfindet. Dies erklärt zu einem Teil auch, warum im Bundeshaushalt für 2016 100 Millionen Euro für zusätzliche Ertüchtigungsprojekte nicht im Einzelplan 14 des Verteidigungshaushalts, sondern – etwas versteckt – im Einzelplan 60 des Finanzministeriums (Titel 687 03 -032) eingestellt wurden.³³ Gemeinsam bewirtschaftet wird das Geld vom Verteidigungsministerium und dem Auswärtigen Amt. Ausdrücklich können damit auch «Sachleistungen», das heißt Rüstungsgüter, finanziert werden, und auch darüber hinaus scheint das Geld denkbar flexibel einsetzbar zu sein. Puglierin und Feyock werten diese Offensive als verantwortungsvolles Voranschreiten Deutschlands, während Europa aufgrund selbstauferlegter Beschränkungen im Hinblick auf die Lieferung von Rüstungsgütern in Ertüchtigungsgebiete zögere.³⁴ Was an der Bereitstellung von 100 Millionen Euro an zusätzlichen Geldern für Militär und Rüstung «verantwortlich» sein soll – zudem versteckt im Budget des Finanzministeriums –, versuchen die AutorInnen mit allerlei leeren Worthülsen zu begründen. Es wird sich Ende des Jahres 2016 die große 100-Millionen-Euro-Frage stellen, in welche Konfliktgebiete weitere Waffen geliefert und wo mehr Menschen militärisch zugerichtet worden sind. Ein Blick in vorangegangene sicherheitspolitische Dokumente zeigt nicht nur, wie es zu einer solch flexiblen und konzeptlosen Bereitstellung von zusätzlichen 100 Millionen Euro kommen konnte, sondern auch, wie Ertüchtigung immer stärker zu einem der neuen Zauberwörter in der sicherheitspolitischen Debatte geworden ist.

Weißbuch und Aktionsplan «Zivile Konfliktbearbeitung»

Ein Blick in das Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2006 verrät, dass Ertüchtigungseinsätze im engeren Sinne dort nicht genannt werden. Bis auf die bereits seit Jahrzehnten stattfindende bilaterale Ausstattungshilfe, die meist in Bundeswehreinrichtungen in Deutschland stattfindet, und der Arbeit der Militärattachés finden sich nur vereinzelte kleine Projekte für Sicherheitssektorreformen. Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine Ertüchtigung gegeben hätte,³⁵ es fehlt aber die spezifische Art, diese zu kommunizieren und als ein wichtiges Standbein deutscher Außen- und Sicherheitspolitik darzustellen. Einzig hervorzuheben ist ein Abschnitt zur Umsetzung des Aktionsplans «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung», in dem bereits sehr explizit die Reform des Sicherheitssektors angesprochen wird.³⁶

Der Aktionsplan «Zivile Konfliktbearbeitung», der in den Debatten um zivile Alternativen zum Militärischen auch in Friedenskreisen zuweilen zitiert und zunächst meist positiv gewürdigt wurde, stammt aus dem Jahr 2004. In ihm finden sich bereits deutlich mehr Verweise auf militärische Ertüchtigungsmaßnahmen als in dem zwei Jahre später erschienenen Weißbuch 2006. Sicherheitssektorreform ist im Aktionsplan eines der wichtigen Schlagworte, es meint die Reformierung bestehender Streitkräftestrukturen in krisengeschüttelten Ländern (inklusive Polizei, Justizsystem und eben auch Militär).³⁷ Überraschte die Nennung von militärischen Gewalt- und Gehorsamkeitsexporten in einem Aktionsplan zur «zivilen» Konfliktbearbeitung 2004 noch, strotzt der «Vierte Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung» von 2014 hingegen vor Verweisen auf Ertüchtigungsmaßnahmen. Neben dem genannten E2I als Beispiel für Nachhaltigkeit wird der Bundeswehreininsatz EUTM Mali als wichtiger Beitrag für den Frieden beschrieben, «Resolute Support» und der Afghanistanereinsatz gelten ferner als gute Beispiele für ressortübergreifende Zusammenarbeit.³⁸ Ein besonderer Fokus liegt auf der «Stärkung afrikanischer Kapazitäten»:

²⁹ Von Boemcken, Marc: Ertüchtigung als neue Strategie europäischer Sicherheitspolitik, Reader Sicherheitspolitik, Ausgabe 11/2015. ³⁰ Merkel, Angela: «Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt», Rede zum 50. Jubiläum des Bergedorfer Gesprächskreises der Hamburger Körber-Stiftung, 9.9.2011. Angela Merkel führte auch in späteren Reden diese Idee weiter aus. Vgl. hierzu: Knuf, Thorsten: Die Merkel-Doktrin, in: Frankfurter Rundschau, 1.8.2012; Puglierin/Feyock/van Diepen: Ertüchtigen statt wegsehen. ³¹ Hammerstein, Konstantin von/Neukirch, Ralf et al.: Die Merkel-Doktrin, in: Der Spiegel, 3.12.2012. ³² Puglierin, Jana: Die «Ertüchtigungsinitiative» der Bundesregierung. Was steckt dahinter? Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier Sicherheitspolitik 1/2016. ³³ Puglierin/Feyock: Deutschland ertüchtigt; Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016, 21.12.2015, BGBl. I, S. 3007. ³⁴ Puglierin/Feyock: Deutschland ertüchtigt. ³⁵ Schürkes, Jonna: Staaten bauen heißt die Bevölkerung kontrollieren, IMI-Studie 7, Tübingen 2011. ³⁶ Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006, Berlin 2006, insbesondere S. 61 f. ³⁷ Bundesregierung: Aktionsplan «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung», Berlin 2004, u. a. S. 31, 34, 43. ³⁸ Bundesregierung: Vierte Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung», Berichtszeitraum: Juni 2010–Mai 2014, Berlin 2014.

Die Bundesregierung wird hierfür ihre Unterstützung der Afrikanischen Union, von Regionalorganisationen und Partnerländern für die Stärkung der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) und auf dem Gebiet der Ausbildung, Beratung und Ausrüstung von Streit- und Sicherheitskräften sowie von Zivilpersonal im Rahmen der bestehenden Mandate der außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Instrumente gezielt ausbauen. Das Ausstattungshilfeprogramm der Bundesregierung für ausländische Streitkräfte (AH-P) soll diesem Ziel für den nächsten Programmzeitraum 2017 bis 2020 konzeptionell und inhaltlich Rechnung tragen. Gleichzeitig könnten Maßnahmen im Rahmen des AH-P komplementär zu denen der Enable & Enhance Initiative wirken.³⁹

«Verteidigungspolitische Richtlinien» und «Konzeption der Bundeswehr»

Dieser Wandel, der sich im Aktionsplan findet und Ertüchtigung zunehmend in den Stand eines eigenen Politikfeldes erhebt, ist auch in weiteren einschlägigen Dokumenten zu finden. Im Jahr 2011 wurden beispielsweise die «Verteidigungspolitischen Richtlinien» erlassen. Auch hier finden sich Verweise auf den Aufbau regionaler Sicherheitskräfte, vor allem in Afrika, die in die Lage versetzt werden sollen, mehr Verantwortung zu übernehmen und gegebenenfalls auch die Bundeswehr bei ihrer Aufgabendurchsetzung zu unterstützen.⁴⁰ In der bereits zwei Jahre später veröffentlichten «Konzeption der Bundeswehr», die eine gewisse Ähnlichkeit mit den Richtlinien besitzt, sind die Einlassungen zur Ertüchtigung deutlich markierter. Ertüchtigung wird förmlich zu einem Markenkern der Bundeswehr und der deutschen Außenpolitik. Auch die Unterstützung durch Rüstungslieferungen à la Merkel-Doktrin gehört hier bereits zur Ertüchtigungsidee. So heißt es in der «Konzeption der Bundeswehr» von 2013:

Die Bundeswehr unterstützt sicherheits-, verteidigungs- und rüstungspolitische Maßnahmen, indem sie die Befähigung anderer fördert, ihre Sicherheitsaufgaben selbst wahrzunehmen. Sie bildet im Rahmen der militärischen Ausbildungshilfe und -unterstützung Personal der Sicherheitskräfte anderer Staaten aus. Um die Stabilität in anderen Staaten zu fördern, kann sie militärisches Beraterpersonal für den Aufbau und die Unterstützung lokaler Sicherheitskräfte [...] entsenden.⁴¹

«Afrikapolitische Leitlinien» und «Review 2014»

Der Aufbau von Militär und dessen Ausrüstung ist mittlerweile zu einer Art Mantra geworden, das in keinem sicherheits- und außenpolitischen Dokument fehlen darf. Ein jüngeres Beispiel dafür sind die «Afrikapolitischen Leitlinien»,⁴² in denen im Hinblick auf die Ziele der zukünftigen Afrikapolitik der Bundesregierung kein Blatt vor den Mund genommen wird: «Vorrangiges Ziel des sicherheitspolitischen Engagements Deutschlands ist die Stärkung afrikanischer Eigenverantwortung durch die Ertüchtigung afrikanischer Partner.»⁴³

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand die Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im «Review 2014»: Das Auswärtige Amt entschied sich für die Schlagworte «Krise, Ordnung, Europa», um den Review-2014-Prozess zur zukünftigen deutschen Außenpolitik zusammenzufassen. Die «Bundeswehr» kommt im Abschlussbericht nur mit einer Nennung vor, nämlich in einer Umfrage der Körber-Stiftung, der zufolge sich 82 Prozent für weniger «Militäreinsätze der Bundeswehr» aussprechen – gleichzeitig sind es in derselben Umfrage aber 75 Prozent, die ein Mehr an «Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften» befürworten, das heißt ein Mehr an Ertüchtigungspolitik!⁴⁴ Die Nichtnennung der Bundeswehr darf allerdings nicht als Ressortspannung zwischen Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium missverstanden werden, denn wenn es um den Einsatz «militärischer Mittel» geht, ist der «Review 2014» eindeutig:

Früher, entschiedener und substanzieller wollen wir handeln – nicht nur in der akuten Krise selbst, sondern verstärkt in der Vorsorge und Nachsorge von Konflikten. Dafür müssen wir auch unsere Instrumente schärfen, von der Frühwarnung und Szenarienplanung über neue Krisenmanagementstrukturen im Auswärtigen Amt bis hin zum koordinierten Zusammenwirken aller Akteure der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft. [...] Dabei kann zur Absicherung von politischen Lösungen auch der Einsatz militärischer Mittel geboten oder gar unumgänglich sein.⁴⁵

«Militärische Mittel» ist die Chiffre, hinter der sich Kriege, wie sie etwa in Afghanistan geführt werden, verbergen. Sie fügen sich ein wie ein Mittel unter vielen in den großen Strauß der «Instrumente». Dass in diesem Zusammenhang militärische Ertüchtigung als ein weiteres, eigenständiges Instrument verstanden wird, zeugt von einer Bewusstseinspaltung, die kaum mehr nachvollziehbar ist. Je nach Situation komme es – der Lesart des Auswärtigen Amtes zufolge – jeweils nur darauf an, verantwortungsvoll das passende Instrument auszuwählen und konsequent einzusetzen beziehungsweise mit anderen Instrumenten zu kombinieren und abzustimmen. Stellt sich nur die Frage: Instrument zu welchem Zweck denn eigentlich?

Der Ruf nach mehr Verantwortung

Würde man die Frage nach dem Sinn und Zweck des Einsatzes militärischer Mittel Frank-Walter Steinmeier stellen, würde er vermutlich mit «Verantwortung» antworten, dem wiederentdeckten Zauberwort des sicherheitspolitischen Establishments. Anna Geis wies jedoch bereits 2005 darauf hin, dass verstärkt versucht wird, den Begriff der Verantwortung mit Militäreinsät-

³⁹ Ebd., S. 10. ⁴⁰ Bundesministerium der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin 2011, S. 14. ⁴¹ Bundesministerium der Verteidigung: Konzeption der Bundeswehr, erlassen am 1. Juli 2013 von Thomas de Maizière, Berlin 2013, S. 13. ⁴² Ausführlich dazu: Bernhold, Christin: Die «neue» Afrika-Politik der BRD. «Chancenkontinent» deutscher Wirtschafts- und Machtpolitik, IMI-Analyse 20, Tübingen 2014. ⁴³ Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung, 21. Mai 2014, S. 15. ⁴⁴ Auswärtiges Amt: Abschlussbericht Review 2014, Berlin 2015, S. 26. ⁴⁵ Ebd., S. 9.

zen in Verbindung zu bringen. Zugleich machte Geis deutlich, dass in den 1990er Jahren ähnliche Debatten um den Verantwortungsbegriff geführt wurden, hier aber gerade das Zivile betont wurde.⁴⁶ Der Ruf nach mehr Verantwortung,⁴⁷ wie ihn Gauck, von der Leyen und Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 und daran anschließend in ungezählten Reden propagierten, ist also nicht neu. In der Qualität der Umsetzung gelingt es jedoch im Unterschied zu den 1990er Jahren – auch aufgrund der politischen Konfliktlage in der Ukraine, in Syrien und im Nahen Osten –, ausreichend politisches Kapital zu mobilisieren, um eine mentale wie materielle Militarisierung voranzutreiben, die in diesem Ausmaß nach dem Ende des Kalten Krieges bislang nicht vorstellbar war.

1.3 «OWNERSHIP» UND «STATEBUILDING»

Zentrale Grundlagen und Bausteine der Politik der Ertüchtigung sind neben ihrer Einbettung in einen politischen Legitimierungsdiskurs und der Idee des militärischen Trainings die Konzepte von «Ownership» («afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme») und «Statebuilding». Was bedeuten sie?

«Ownership»

Der Begriff Ertüchtigung besitzt gegenüber Ausbildung oder Training eine zusätzliche Bedeutungsebene. Die eigene Rolle überhöhend verheißt er, vermeintlich unterentwickelte oder vernachlässigte militärische Fähigkeiten von Staaten oder Gemeinschaften aufzubauen. Militärische Ertüchtigung erscheint in diesem Sinne als Installation einer Art Problemlösungsmaschine: Je mehr «Aufgaben» diese «Maschine» adäquat zu erledigen vermag, je mehr Fähigkeiten sie also besitzt, desto effektiver kann sie in bestimmten Situationen Probleme (Aufträge oder Lagen) bewältigen – oder politisch gesprochen: «Ordnung stiften». Ertüchtigung impliziert dabei ein asymmetrisches Verhältnis zwischen den Befähigenden und den zu Befähigenden, das durch die Vorstellung von Hilfe auch eine moralische Komponente bekommt: Auf der einen Seite stehen jene, die helfen, auf der anderen jene, die Hilfe brauchen. Wie eingangs gezeigt, entspricht jedoch Ertüchtigung aufgrund der sozioökonomischen Gegebenheiten und der militärischen Verpflichtungen, die Zwang und/oder Not einschließen, einem Ausbeutungsverhältnis. Ertüchtigung basiert also auf einer militärischen Verwertungslogik und hat nichts mit einem solidarischen Miteinander zu tun. Sie knüpft an koloniale Traditionen an: Die Unterlegenen, die ertüchtigt werden sollen, werden dafür genutzt, die Vorstellungen der Ertüchtigenden durchzusetzen.

Der Begriff «Ownership» versucht eben diesen Zusammenhang nicht herzustellen. «Ownership» bezeichnet die Vorstellung, dass die militärisch Befähigten «ihre Sicherheitsaufgaben selbst wahr[...]nehmen»,⁴⁸ dabei aber von außen unterstützt werden. Aus dem sozioökonomischen Ausbeutungsverhältnis, das Menschen in das Militär drängt, um ertüchtigt zu werden, führt

«Ownership» jedoch nicht heraus. Das militärische Konzept von «Ownership» verkennt zentrale Bedingungs Zusammenhänge und muss deshalb entschieden zurückgewiesen werden. Erstens vermittelt es den Eindruck, die zu lösenden Konflikte wären eigene, für welche die Ertüchtigten die Hauptverantwortung trügen. Die Ursachen für die komplexen Krisen- und Kriegsdynamiken – die großen wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die nicht zuletzt ein koloniales Erbe darstellen – werden so verdeckt. Es gibt zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass gerade die Ertüchtigenden maßgeblich für die Probleme verantwortlich sind, die in die krisenhafte Situation geführt haben.⁴⁹ Zweitens basiert das Konzept auf der Annahme, Konflikte könnten überhaupt militärisch gelöst werden beziehungsweise eine militärische Lösung sei erstrebenswert. Empirisch ist das nicht haltbar, ethisch eine Katastrophe. Und schließlich, drittens, entspricht die «Ownership»-Praxis nicht der propagierten Idee von souveräner Eigenverantwortung. Allein die geschaffenen finanziellen Abhängigkeiten etwa der ertüchtigten afghanischen Armee und die daraus resultierende politische Erpressbarkeit sowie die Machtasymmetrie der Beteiligten machen dies unmöglich.⁵⁰ Puglierin et al. sprechen deshalb in diesem Zusammenhang – der Kombination von Ertüchtigung und «Ownership» – von «Kontrollmanagement [...] mit geringer Eigenverantwortung»:

Mithilfe der Initiative [gemeint ist E2I] ließe sich auch ein gewisses Kontrollmanagement regionaler Kräfte und Dynamiken erzielen: Durch das vermittelte Know-how europäischer Partner an regionale Sicherheitsakteure oder Organisationen kann in der Krisenregion eine Präsenz- und Beobachtungsposition eingenommen werden, sodass Informationen über interne Strukturen gewonnen werden könnten. Gleichzeitig käme den beteiligten EU-Staaten aber eine geringere Eigenverantwortung vor Ort zu.⁵¹

«Statebuilding»

Eng mit «Ownership» verbunden sind die Ideen von «Statebuilding» und Sicherheitssektorreform (als *Terminus technicus* für die Reform von Militär und Polizei sowie – allerdings in einem weitaus geringeren Umfang – auch von Repressionsorganen wie Justiz oder Gefängnissen). Während «Statebuilding» ganze wissenschaftliche Bibliotheken füllt, wird der Begriff im politischen Kontext gemieden – steht er doch zu stark in Verbindung mit dem in Verruf geratenen Demokratieexport mit Waffengewalt. Der westliche Staatenexport wird indes auch in der wissenschaftlichen Debatte als weitgehend gescheitert angesehen,⁵² auch

⁴⁶ Geis, Anna: Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen, HSKF-Standpunkt 2/2005, S. 12. ⁴⁷ Dazu ausführlich: Wagner, Jürgen: Deutschlands (neue) Großmachtambitionen. Von der «Kultur (militärischer) Zurückhaltung» zur «Kultur der Kriegsfähigkeit», IMI-Studie 2, Tübingen 2015. ⁴⁸ Bundesministerium der Verteidigung: Konzeption der Bundeswehr, Berlin 2013, S. 13. ⁴⁹ Vgl. Wagner, Jürgen: Globalisierung, Armut und Krieg: Die Krise des Neoliberalismus und die militärischen Reaktionen des Westens, IMI-Studie 10, Tübingen 2010. ⁵⁰ Mikan, Thomas: Die UN und der neue Militarismus. Von Krieg und UN-Frieden: Peacekeeping, Regionalisierung und die Rüstungsindustrie, Tübingen 2011, S. 30. ⁵¹ Puglierin/Feyock/van Diepen: Ertüchtigen statt wegsehen. ⁵² Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Florian P.: Illusion Statebuilding, Hamburg 2010.

wenn immer wieder Versuche unternommen werden, durch weitere Forschung und Optimierung dem Unternehmen zum Gelingen zu verhelfen.⁵³

Ohne näher auf die Debatte um «Statebuilding» eingehen zu können, sollen die Grundsätze hier kurz erläutert werden: Das Konzept lebt von der Idee, dass stabile, friedliche Gesellschaften nur entstehen und sich erhalten könnten, wenn es eine militärisch-institutionalisierte Gewalt gebe. Die Europäische Kommission sieht darin sogar einen Beitrag zur Entwicklung und so indirekt auch zur Armutsbekämpfung.⁵⁴ Die Sicherheitssektorreformen sollen zudem dafür sorgen, dass auch die Streitkräfte einem demokratischen Anspruch, etwa nach deutschem Vorbild, genügen (unabhängig von der tatsächlichen Praxis, bei der es ohnehin nicht um demokratische Kontrolle geht).⁵⁵ Die Idee der «Inneren Führung» mit dem Leitbild des «Staatsbürgers in Uniform» ist daher im Rahmen weltweiter Militärausbildung zu einem besonders wertvollen «Exportartikel» geworden, wie Reiner Pommerin aus dem Beirat «Innere Führung» in der gleichnamigen Zeitschrift der Bundeswehr auszuführen weiß:

Wenn die Herstellung einer internationalen Ordnung überall dort sehr erschwert wird, wo lediglich prekäre Staatlichkeit besteht, so ergibt sich daraus die zwingende Folge, bei der Umwandlung prekärer Staatlichkeit in solide Staatlichkeit behilflich zu sein. [...] «Military Diplomacy»

beschränkt sich jedoch, trotz aller gepflegten Vorurteile, keineswegs nur auf eine Lieferung von Waffen und Munition. Schon kleinere Ausbildungsmaßnahmen für Polizei und Streitkräfte [...] können fragilen Staaten bei der Demokratisierung, bei der Errichtung eines funktionierenden staatlichen Systems helfen.⁵⁶

Die Fiktion, Demokratie mit militärischen Mittel herstellen zu können, stellt in Verbindung mit den Konzepten von «Statebuilding» und vermeintlicher «Ownership» die ideologische Grundlage dafür dar, dass Ertüchtigung den Anschein eines liberalen Projekts erhält und einen so prominenten Platz in der aktuellen Debatte einnehmen kann, wie die zitierte Umfrage der Körber-Stiftung zeigt. Der Ausbeutungscharakter der militärischen Ertüchtigung wird mithilfe dieser moralisch-politischen Aufladung verdeckt. Schlimmer noch: Die darin steckende liberale Hybris – militärische Demokratisierung – führt dazu, dass Ertüchtigung Modellcharakter bekommt: Sie erscheint als einer der zentralen Wege – nicht nur, um einer vermeintlich gewachsenen politischen Verantwortung gerecht zu werden, sondern auch, um ein verstärktes militärisches Engagement politisch zu legitimieren und Zustimmung zu erzeugen. «Ownership» ist der Schlüssel zum Verständnis dieser liberalen Hybris.

⁵³ Vgl. hierzu Bonacker, Thorsten/Distler, Werner: Das Militär im Statebuilding aus interventionssociologischer Perspektive, in: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Militärsoziologie – Eine Einführung. Wiesbaden 2012, S. 158–173, hier S. 160 f. ⁵⁴ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat: Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung, Brüssel, den 28.4.2015 JOIN(2015) 17 final, S. 4. ⁵⁵ Schürkes, Jonna: «Statebuilding light». Sicherheitssektorreformen als Herrschaftstechnik, in: Wissenschaft & Frieden 4/2010, S. 58–60. ⁵⁶ Pommerin, Reiner: Exportartikel Innere Führung, in: if – Zeitschrift Innere Führung, Onlineportal, 4.12.2013.

2 DAS INTERNATIONALE UMFELD

2.1 VORBILD USA

Das wichtigste Vorbild für den deutschen Politikwandel hin zu vermehrten Ausbildungseinsätzen stellen die USA dar, die diesbezüglich auf eine lange Tradition zurückblicken können. Auch im Kontext der Terrorismusbekämpfung (Counterinsurgency Strategie, COIN) und dem proklamierten «leichten außenpolitischen Fußabdruck» gehören Ausbildungseinsätze zu den zentralen Bestandteilen der US-amerikanischen Militärpolitik. Ein Blick auf die Traditionslinien, die Bedeutung von Ertüchtigung bei COIN und die US-amerikanischen Ausbildungseinsätze auf dem afrikanischen Kontinent zeigen, an welchen militärischen und politischen Lernerfahrungen sich die deutsche Politik ein Vorbild nimmt. Verstärkt sind hier auch Aktivitäten zu verzeichnen, die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in diesem Politikfeld zu intensivieren.

Lange Traditionslinien

Weltweite militärische und polizeiliche Ertüchtigung durch die USA hat eine lange Tradition. Im Kalten Krieg wurde die Ertüchtigung in der Regel mit dem Kampf gegen kommunistische oder von kommunistischen Ländern unterstützte Gruppen begründet. Die CIA-Operation «Cyclone» zur milliardenschweren Ertüchtigung der Mudschaheddin im Kampf gegen die Sowjetarmee in Afghanistan ab 1979 ist eines der bestbelegten Beispiele für das Scheitern der Idee der militärischen Ertüchtigung. Ertüchtigt wurde auch Mitte der 1960er Jahre in Ruanda, als dort die aufstrebende «Hutu Power» und im benachbarten Burundi die «Tutsi Power» polizeilich wie militärisch ausgerüstet wurden⁵⁷ – auch unter Beteiligung anderer Länder wie Frankreich oder Belgien.⁵⁸ Zahlreiche weitere Beispiele finden sich auch für Mittel- und Südamerika (z. B. Haiti, Dominikanische Republik, Nicaragua), Südostasien (z. B. Philippinen, Vietnam) und Afrika (z. B. Kongo, Äthiopien, Libyen, Liberia) und den Nahen Osten. Nicht selten waren diese Einsätze jedoch sowohl in der eigenen Bevölkerung als auch international hoch umstritten, insbesondere da es sich oft um Stellvertreterkonflikte handelte, die die jeweilige Einflussosphäre absichern oder vergrößern sollten. Der Natur der Sache nach handelte es sich deshalb hierbei in der Regel um mehr oder weniger verdeckte Einsätze.⁵⁹

GPOI und A-Prep

Mit dem Ende des Kalten Krieges änderte sich die Bedrohungswahrnehmung. Neben der Bekämpfung des internationalen Terrorismus (COIN) wurde eine zweite, positiv konnotierte Begründung gefunden, um die militärische wie polizeiliche Ertüchtigung zu rechtfertigen: «Peacekeeping». Eines der wichtigsten Ausbildungsprogramme ist die Global Peace Operations Initiative (GPOI), die insbesondere auf dem afrikanischen

Kontinent Anwendung findet.⁶⁰ In zwei Programmphasen von 2005 bis 2009 und von 2010 bis 2014 bildeten die USA im Rahmen dieser Initiative (auch unter dem Namen ACOTA bekannt) nach eigenen Angaben weltweit 272.747 ausländische Militärangehörige aus 69 Ländern aus und förderten 52 Trainingscenter sowie die Hauptquartiere der Afrikanischen Union (AU), der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEEAC).⁶¹ GPOI wird von den USA als einer ihrer wichtigsten Beiträge bezeichnet, um der Schutzverantwortung für ZivilistInnen nachzukommen und die Vereinten Nationen sowie Regionalorganisationen bei dieser Aufgabe zu unterstützen. GPOI ist im Jahr 2015 nahtlos fortgesetzt worden, wobei in der dritten Programmphase weitere 245.000 SoldatInnen ausgebildet werden sollen.⁶²

Neben GPOI und mehreren bilateralen Ertüchtigungsvorhaben in Afrika (etwa in Mali oder dem Kongo) existieren zahlreiche weitere Militärprogramme der USA, die eine globale Ertüchtigung vorantreiben sollen, darunter die 2014 auf den Weg gebrachte A-Prep-Initiative. Nach dem Vorbild der Nato soll auch die AU mit der African Peacekeeping Rapid Response Partnership (APRRP, kurz: A-Prep) der USA eine schnelle Eingreiftruppe erhalten. Diese soll aus Teilen der Streitkräfte Äthiopiens, Ghanas, des Senegals, Tansanias, Ugandas und Ruandas gebildet werden. Die Kosten des fünfjährigen Programms belaufen sich auf rund 500 Millionen US-Dollar.⁶³

Neben «Peacekeeping» ist die Stärkung von Regionalorganisationen in Afrika ein stetiger Fixpunkt und Begründungszusammenhang dieser Programme. Dass über die Ertüchtigung auch Absatzmärkte für US-Rüstungsfirmen (etwa im teilprivatisierten «Peacekeeping»-Training oder als Türöffner für nationale Rüstungsdeals)⁶⁴ geschaffen werden, wird dabei gern übersehen. Ertüchtigung, das heißt die Ausbildung sowie Ausrüstung von SicherheitsakteurInnen in Drittstaaten, ist aber vor allem ein Teil der US-Strategie des «leichten Fußabdrucks» zur Vermeidung hoher (eigener) finanzieller und personeller Kosten, die mit «geheimdienstlichen Aktivitäten, Drohneneinsätzen und Spezialoperationen» kombiniert wird.⁶⁵

⁵⁷ Kuzmarov, Jeremy: *Modernizing Repression*, Amherst 2012, S. 181 f. ⁵⁸ Des Forges, Alison: *Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda*, Hamburg 2002; US-Office of Public Safety/Agency for International Development: *Police Survey Mission to the Republic of Rwanda*, Washington D. C., Mai 1964. ⁵⁹ Kuzmarov: *Modernizing Repression*. ⁶⁰ Vgl. Mickan: *Die UN und der neue Militarismus*, S. 30 f. ⁶¹ U.S. Department of State: *Global Peace Operations Initiative*; state.gov. ⁶² U.S. Department of State: *Fiscal Year 2015 Congressional Budget Justification – Department of State, Foreign Operations, and Related Programs*, 2014, S. 114. ⁶³ Kwibuka, Eugene: *Rwanda: Can U.S. Peacekeeping Fund End Africa's Endemic Wars?* AllAfrica.com, 8.8.2014. ⁶⁴ Vgl. Mickan: *Die UN und der neue Militarismus*, S. 36 f. ⁶⁵ Overhaus, Marco: *2014 Quadrennial Defense Review – Entwicklungstrends US-amerikanischer Verteidigungspolitik und Konsequenzen für die Nato*, SWP-Aktuell A 12, Berlin 2014, S. 3.

COIN

Ziel der Strategie des «leichten Fußabdrucks» ist in der Hauptsache die sogenannte Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency, COIN). Sie kann als Alternative zu großen eigenen Truppenkontingenten bei der Eindämmung von Aufständen (erprobt vor allem im Irak und in Afghanistan) verstanden werden. Besonders einschlägig für die Beschreibung der Umsetzung dieser Politik ist das «COIN Field Manual 3-24 MCWP 3-33.5» (FM 3-24) von 2006 und die überarbeitete, aktuelle Ausgabe von 2014.⁶⁶ Die aktuelle Fassung unterscheidet sich von der alten insbesondere durch die Beschreibung der ernüchternden Erfahrungen mit der Strategie des «Statebuilding» (wie im vorhergehenden Kapitel bereits angedeutet) und setzt deshalb stärker auf das Konzept von «Ownership».⁶⁷ Das FM 3-24 von 2014 wartet jedoch ebenso wie das von 2006, welches lange Zeit als die Referenz für COIN-Maßnahmen galt, mit Ertüchtigung als einem wichtigen Standbein von COIN auf.⁶⁸ Auch hier vollzieht sich eine Fokusverschiebung von direktem Engagement von US-Truppen hin zu COIN-Maßnahmen durch die jeweiligen «Gastländer»⁶⁹ – die es mit Ausbildungsmaßnahmen zu unterstützen gelte.

Derlei COIN-Maßnahmen begründen die USA mit mehreren positiven Effekten, sowohl für das eigene Land als auch für das Gastland: Zentral ist die Idee, dass eine stärkere Präsenz der aufgebauten Armee im jeweiligen Land mit einer höheren Legitimität des gesamten Staates in der Bevölkerung verbunden ist. In der Folge würde sich auch die Notwendigkeit einer eigenen US-Präsenz und somit die eigene Gefährdung verringern. Ertüchtigung erhöht zudem die zur Verfügung stehenden operativen Kräfte zur Aufstandsbekämpfung.⁷⁰ Neben dem Training gehören auch die militärische Ausrüstung und der gemeinsame operative Einsatz zum Strategiepaket. Im besten Fall begleiten nur US-amerikanische BeraterInnen die Operationen, sodass auf den Einsatz eigener Bodentruppen verzichtet werden kann.⁷¹ Nach der Transition von Verantwortung soll die «Beratung» zu einer dauerhaften Stabilität der aufgerüsteten Armee führen, die eine kontinuierliche Militärkooperation beinhaltet.⁷²

Das FM 3-24 (2014) unterstreicht deutlich, dass eine optimale Aufstandsbekämpfung darin bestünde, dass die ausgebildeten Streitkräfte des Gastlandes die Aufstandsbekämpfung selbst durchführen. Diese Vorstellung wird begleitet von den scheinbar liberalen Tönen des bereits aufgezeigten «Ownership»-Konzepts: «Every society has to provide solutions to its own problems.»⁷³ Dass damit immer nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen gemeint sind, die den politischen Vorstellungen genügen, ist verständlich, handelt es sich doch nicht um unkonditionierte humanitäre Hilfe, sondern um eine sicherheitspolitische Strategie, deren Ziele vom eigenen Vorteil geleitet sind. Die Ausbildung von Oppositionsgruppen etwa in Syrien durch den CIA – offiziell seit 2013⁷⁴ – zeigt aber, wie viele Beispiele zuvor, dass es vollkommen unklar ist, welche

Dynamik die ausgebildeten, vielleicht übergelaufenen Truppen oder deren erbeutete Waffen auf dem Kriegsschauplatz gewollt oder ungewollt entfalten.

AFRICOM und deutsch-amerikanische Kooperation

Im Rahmen der globalen Ausbildungswelle von Streitkräften durch die USA hat insbesondere das US-Afrikakommando AFRICOM in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Das AFRICOM ist eines von sechs regionalen Kommandos der US-Armee, mit denen die US-Armee die Welt in Befehlszonen aufgeteilt hat. Sowohl das US-Afrikakommando als auch das Kommando für Europa (EUCOM) haben ihren Sitz in Stuttgart. Das EUCOM ist unter anderem für die in Europa gelagerten Atomwaffen verantwortlich, auch für die letzten auf deutschem Boden in Büchel, und direkt in die Aktivitäten rund um die Ukraine involviert. AFRICOM ist an der Zielauswahl bei Drohnenangriffen beteiligt und für sämtliche US-Militäraktivitäten in Afrika (außer Ägypten) zuständig.⁷⁵

AFRICOM koordinierte im Jahr 2013 481 sogenannte Sicherheitskooperationen. Diese Ausbildungsmissionen fanden im Rahmen des bereits erwähnten ACOTA-Programms oder des «State Partnership Program» statt, das Partnerschaften zwischen afrikanischen Militärverbänden und Einheiten der U.S. National Guards vermittelt. 2014 stieg die Zahl auf 595 solcher Sicherheitskooperationen, die insbesondere Trainings beinhalteten. Zählt man andere Aktivitäten wie etwa Drohnenangriffe dazu, koordinierte das US-Afrikakommando im Jahr 2014 offiziell 674 Einsätze, Tendenz steigend. Im Jahr 2008, als das AFRICOM als eigenständige Kommandoeinheit aus dem EUCOM ausgegliedert wurde, waren es lediglich 172 Einsätze.⁷⁶ Hinzu kommen noch große Militärübungen, die ebenfalls Trainingsinstrumente darstellen und letztlich auch bei der Aufstandsbekämpfung helfen sollen. Im Jahr 2013 waren es zehn große Übungen, 2014 bereits elf – unter anderem «African Lion» in Marokko, «Flintlock» in Mali und Mauretanien und «Southern Accord» in Malawi.⁷⁷ Darüber hinaus ist AFRICOM auch für die Koordination maritimer Übungen zuständig, wie zum Beispiel «Obangame Express» 2014 im Golf von Guinea und 2015 vor Ghana. An allen genannten Übungen war die Bundeswehr beteiligt.⁷⁸ Auch baut das Penta-

⁶⁶ Zudem gibt es noch eine Reihe weiterer veröffentlichter Dokumente, die die Ertüchtigungspolitik noch weiter operationalisieren wie die Joint Doctrine Note 1–13: Security Force Assistance, 29.4.2013. ⁶⁷ Lamb, Robert D.: Is Revised COIN Manual Backed by Political Will? Center for Strategic and International Studies, 2014. ⁶⁸ US-Army: FM 3-24 MCWP 3-33.5 INSURGENCIES AND COUNTERING INSURGENCIES, Mai 2014. Dieses ersetzt das gleichnamige Field Manual FM 3-24/MCWP 3-33.5 vom 15.12.2006, insbesondere Chapter 11. ⁶⁹ Ladwig III, Walter: The New FM 3-24: What Happens When the Host Nation Is the Problem?, in: Defense in Depth, Council on Foreign Relations, 10.6.2014. ⁷⁰ US-Army: FM 3-24, Chapter 11.1, 11.10. ⁷¹ Ebd., Chapter 11.16. ⁷² Ebd., Chapter 11.39. ⁷³ Ebd., Chapter 1.6. ⁷⁴ Sanchez, Raf: First Syria rebels armed and trained by CIA «on way to battlefield», in: The Telegraph, 3.9.2013. ⁷⁵ Vgl. hierzu Fuchs, Christian/Goetz, John (2013): Geheimer Krieg, Reinbek bei Hamburg 2013. ⁷⁶ Turse, Nick: The U.S. Military's Battlefield of Tomorrow, in: LobeLog Foreign Policy, 14.4.2015. ⁷⁷ Ebd. ⁷⁸ USAFRICOM: U.S., partner nations gather in Malawi for Exercise Southern Accord 14, 30.7.2014; Y: Gefährliche See vor Lagos, 5.6.2014. Sowie: Marine: Opening Ceremony für Obangame Express 2015, 24.3.2015.

gon seit 2013 in vier afrikanischen Ländern (Mauretanien, Niger, Mali, Libyen) Eliteeinheiten zum Antiterrorkampf aus – in Mali und Libyen musste dieser Einsatz aber aufgrund der politischen Lage aufgeschoben werden.⁷⁹

Deutschland verstärkt trotz der vielen offenen Fragen bezüglich AFRICOM und EUCOM weiterhin die Kooperation mit diesen Kommandostrukturen,⁸⁰ nicht zuletzt um die Trainingsmaßnahmen auf dem afrikanischen Kontinent besser koordinieren zu können:⁸¹

- Am 29. April 2014 trafen sich VertreterInnen des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr «offiziell» im AFRICOM in Stuttgart, um eine engere Kooperation zu besprechen.⁸²
- «Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Markus Grube, besuchte am 28. August 2014 das AFRICOM-Hauptquartier. Angehörige des BMVg suchten sowohl das AFRICOM-Hauptquartier als auch die Luftstreitkräftebasis Ramstein mehrfach zu Arbeitsbesuchen auf.»⁸³
- Am 23. Oktober 2014 führten das Bundeskanzleramt, das Auswärtiges Amt und das Verteidigungsministerium Gespräche mit dem stellvertretenden Befehlshaber des AFRICOM, Generalleutnant Steven Hummer.⁸⁴
- «Darüber hinaus haben Vizepräsidenten (!) des BND in der Vergangenheit AFRICOM im Rahmen der Kontaktpflege Besuche abgestattet.»⁸⁵

Es steht außer Frage, dass die USA für Deutschland eine wichtige Vorbildfunktion im Hinblick auf den Ausbau der eigenen Ertüchtigungspolitik erfüllen. Dafür werden etwa in Afrika nicht nur gemeinsame Trainings koordiniert, vielmehr wird aktiv über das AFRICOM zusammengearbeitet.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass auch die Ausbildung saudiarabischer Militäreliten, die seit Jahren im Stuttgarter AFRICOM und EUCOM stattfindet, für die Verantwortlichen in der deutschen Regierung offenbar kein Problem darstellt.⁸⁶ Ganz im Gegenteil: Deutschland schreckte nicht davor zurück, selbst in Saudi-Arabien auszubilden. Die Bundespolizei unterstützte saudische Grenzbeamte, und BundeswehrsoldatInnen führten im Auftrag von Krauss-Maffei Wegmann den Panzer Leopard 2 beziehungsweise von EMT Penzberg die Drohne LUNA vor.⁸⁷

Dass die USA zudem die Ausbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wahrscheinlich ebenfalls über Stuttgart, diesmal das EUCOM, koordinieren, wirft weitere Fragen auf, auf die sowohl die Bundesregierung als auch die Stadt Stuttgart Antworten schuldig bleiben.⁸⁸ Der Grüne Oberbürgermeister Fritz Kuhn empfängt lieber die Oberkommandierenden der US-Einrichtungen und ist stolz auf den Eintrag etwa des Generals Breedlove im Goldenen Buch der Stadt Stuttgart: «Thank you for your great partnership.»⁸⁹

2.2 ERPROBUNGSFELD AFRIKANISCHE UNION

Der afrikanische Kontinent, und hier insbesondere die Sicherheitsstruktur der Afrikanischen Union (AU) und weiterer afrikanischer Subregionalorganisationen, ist neben Irak und Afghanistan das große Erprobungsfeld der Politik der Ertüchtigung. Das Vorhaben, eine afrikanische Sicherheitsstruktur aufzubauen, soll im Folgenden skizziert werden, um die Kontexte, in denen auch deutsche Ertüchtigungsmaßnahmen stattfinden oder über die sie zumindest legitimiert werden, besser zu erfassen. Zudem werden die auch von Deutschland unterstützten Militärschulen betrachtet. Auf einzelne Einsätze wird in Kapitel 3 näher eingegangen.

African Standby Force (ASF)

Aus dem französischen Programm Reinforcement of Africa's Capacity to Maintain Peace (RECAMP)⁹⁰ sind die zwei aufeinanderfolgenden Amani-Africa-Zyklen der Europäischen Union zur Ertüchtigung der afrikanischen Regionalorganisationen hervorgegangen.⁹¹ Der erste Zyklus erstreckte sich von 2008 bis 2011; Höhepunkt dieser Phase war eine gemeinsame Übung in Addis Abeba im Jahr 2010. Im Zuge des zweiten Amani-Africa-Zyklus von 2011 bis 2015 sollte die so aufgebaute African Standby Force (ASF), eine Interventionstruppe unter dem Kommando der Afrikanischen Union beziehungsweise subregionaler AU-Strukturen, einsatzfähig werden.⁹² Eine gemeinsame Übung in Harare, die diese Einsatzfähigkeit überprüfen sollte, wurde mehrfach verschoben und fand schließlich vom 19. Oktober bis 7. November 2015 in Südafrika statt. Es beteiligten sich über 5.400 Personen (Militär, Polizei, zivile Kräfte),⁹³ wobei der Schwerpunkt, wie zu erwarten war, auf dem Militär lag.⁹⁴ Die Kosten, die die EU trägt, werden mit 5 Millionen Euro angegeben.⁹⁵

⁷⁹ Dean, Sidney E.: USA bauen afrikanische Antiterrorereinheiten auf, in: Europäische Sicherheit & Technik 7/2014, S. 92. ⁸⁰ Dass die Kooperation schon seit Jahren gepflegt wird, siehe: Marischka, Christoph: US-AfriCom und KSK seit Jahren in Mali aktiv, in: Telepolis, 1.7.2013. ⁸¹ Mickan, Thomas: AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Zusammenarbeit und Widerstand, in: IMI-AUSDRUCK, April 2015, S. 22–23. ⁸² Reisinger, Christoph/Weißborn, Michael: Bundeswehr und Africom wollen kooperieren, in: Stuttgarter Nachrichten, 28.4.2014. ⁸³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestagsdrucksache 18/2589: Die Rolle des Africom-Commands und der US-Militärbasis in Ramstein für US-Drohnenangriffe, Frage 14. ⁸⁴ Ebd., Frage 5. ⁸⁵ Ebd., Frage 18. ⁸⁶ Law, Brenda: Saudi Arabia War Course provides first opportunity to learn about AFRICOM, Pressemitteilung US-AFRICOM, 17.4.2015. ⁸⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: viertes Quartal 2014), Drucksache 18/3979, S. 5. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2. ⁸⁸ ZEIT Online/dpa/AP/AFP/mhi: USA beginnen mit Ausbildung ukrainischer Soldaten, 20.4.2015. ⁸⁹ Stadt Stuttgart: OB Kuhn empfängt Kommandeur des US-Europakommandos, Pressemitteilung, 24.4.2014; Stadt Stuttgart: Lieutenant General William B. Garrett III. zum Antrittsbesuch bei OB Kuhn, Pressemitteilung, 27.8.2014. ⁹⁰ An diesem beteiligte sich Deutschland ebenfalls im geringen Umfang, vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, 22.2.2010, Drucksache 17/766, Frage 35. ⁹¹ Vgl. Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 31. ⁹² European Union External Action (EEAS)/Security and Defence/CSDP: Amani Africa II Cycle; eeas.europa.eu. ⁹³ South African Government: Defence hosts AMANI AFRICA II field training exercise, 19 Oct to 7 Nov, Pressemitteilung, 7.10.2015. ⁹⁴ Rees, Jonathan: What next for the African Standby Force?, in: The Herald, 8.12.2015. ⁹⁵ Ebd.; African Union Commission: Strategic Headquarters Training Session of the AMANI AFRICA II Field Training Exercise Opens in Harare, 4.11.2014; Jiri, Dorcas: African Standby Force gets \$22 million boost, in: The Herald, 7.11.2014.

Die EU finanziert Amani Africa zu einem großen Teil über die African Peace Facility (APF), in die auch Entwicklungshilfegelder fließen, und bestimmt damit die Agenda des Programms entscheidend mit. Seit Gründung der APF im Jahr 2004 wurden 1,1 Milliarden Euro aufgewendet,⁹⁶ zwischen 2014 und 2016 sollen zusätzlich noch einmal mindestens 750 Millionen Euro aus dem 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) dazu kommen (ggf. mit konditionierten weiteren 150 Millionen Euro).⁹⁷ Zudem arbeiten die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik an einem neuen Finanzierungsmechanismus für die Ausbildungsmissionen, um in diesem Rahmen auch die Lieferung von Rüstungsmaterial, der bislang aufgrund der EEF-Finanzierung enge Grenzen gesetzt sind,⁹⁸ ausdrücklich zu ermöglichen. Derartige Pläne gab es schon länger,⁹⁹ nun sollen sogenannte Projektzellen zur Ausbildung und Finanzierung gebildet werden, die die Ertüchtigungsbemühungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten unterstützen.¹⁰⁰ Neben der Möglichkeit, auch Rüstung mitzuliefern, den Umfang der Kapazitätsgelder zu erhöhen und die Zahlungsmechanismen zu verstetigen, sollen auch «konkrete Projekte des Kapazitätsaufbaus in einem flexiblen geografischen Rahmen», das heißt auch außerhalb Afrikas, aufgebaut werden.¹⁰¹

Für die ASF ist ein Kontingent von 25.000 schnell interventionsfähigen SoldatInnen die Zielgröße. Allein bei AMISOM, der African Union Mission in Somalia, die seit 2007 läuft, sollen bereits weit mehr als 3.000 afrikanische SoldatInnen gestorben sein.¹⁰² Dass eine Konsequenz der Ertüchtigung eben auch ein hoher Blutzoll der Ertüchtigten ist, machen diese Zahlen deutlich. Zudem gibt es Bedenken, dass es sich bei der ASF um ein Luftschloss handeln könnte, sodass die angestrebten Ziele überhaupt nicht erreicht werden können. Gründe dafür sind nicht allein finanzielle Probleme und fehlende Ausbildung oder Logistik. Sie seien vielmehr in der grundsätzlichen Konzeption der ASF als stehende Truppe zu suchen, die – ähnlich wie die EU-Battlegroups – in konkreten Situationen keine Berücksichtigung fände. Auch eine eigens von der AU in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, dass die ASF «dezidiert die Abkehr vom Konzept stehender Einsatzkräfte» vollziehen solle.¹⁰³

Eine Abkehr vom afrikanischen Erprobungsfeld hat es jedoch nicht gegeben, zu gut geeignet ist es, um weiter ungehindert aufrüsten zu können – unter dem Deckmantel von «Peacekeeping» und vermeintlich friedensschaffenden Maßnahmen unter afrikanischem Kommando. Auch aufseiten der AU sichert dieser Umstand ganze Militärkarrieren ab, unter anderem durch die zahlreichen, neu gegründeten «Peacekeeping»-Schulen.¹⁰⁴

Peacekeeping-Schulen

Für Deutschland von besonderer Bedeutung ist dabei das Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC) in Accra, Ghana, das am stärks-

ten gefördert wird. Das KAIPTC wurde am 12. Januar 2004 durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eröffnet. Als «Schroeder-Hall» trägt das Auditorium ihm zum Dank noch heute seinen Namen.¹⁰⁵ Aufgrund der Mischfinanzierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Bundesverteidigungsministerium (BMVg), das Auswärtige Amt (AA) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist es schwer, das aktuelle Gesamtfördervolumen, mit dem Deutschland am KAIPTC beteiligt ist, zu betiteln. Es muss von einem niedrigen zweistelligen Millionenbetrag ausgegangen werden, zu dem weitere Gelder aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) hinzukommen.¹⁰⁶ Welche Gelder dabei in die Ausbildung von zivilen, polizeilichen oder militärischen Kapazitäten fließen, lässt sich mitunter nicht feststellen, weil etwa das BMZ alle Zahlungen an das KAIPTC als «zivile» Aufwendungen verbucht. Insbesondere vor dem Hintergrund des am KAIPTC praktizierten problematischen zivil-militärischen Ansatzes ist dies umso fragwürdiger.¹⁰⁷ Zusätzlich zu den monetären Zuwendungen beinhaltet die Unterstützung zum Beispiel auch die Bereitstellung von AusbilderInnen, Leitungspersonal und Strukturen der Zusammenarbeit. Die Leitung der bedeutenden KAIPTC-Trainingsabteilung hatten lange Zeit Bundeswehroffiziere inne,¹⁰⁸ 2015 arbeitete etwa Oberstleutnant Frank Odendahl als Hörsaalleiter für Friedensunterstützungsoperationen am KAIPTC.¹⁰⁹ Bis heute wurden über 11.000 hochrangige Militärs, PolizistInnen (etwa im Rahmen des GIZ-finanzierten «Polizeiprogramm Afrika», das zwischen 2013 und 2015 18,6 Millionen Euro kostete)¹¹⁰ und zivile Kräfte, wie WahlbeobachterInnen, ausgebildet. Knapp ein Drittel waren militärische Kräfte.¹¹¹

⁹⁶ European Union External Action (EEAS) Security and Defense/CSDP: EU support to African capabilities; eeas.europa.eu. ⁹⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage «Aktuelle Situation in der Zentralafrikanischen Republik» der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 9.5.2014, Drucksache 18/1383, S. 10. ⁹⁸ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat: Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung, Brüssel, 28.4.2015, JOIN(2015) 17 final, S. 3. Hierzu auch: Puglierin/Feyock: Deutschland ertüchtigt; von Boemcken: Ertüchtigung als neue Strategie europäischer Sicherheitspolitik. ⁹⁹ Wagner, Jürgen: Die EU als Rüstungstreiber, Broschüre GUE/NGL, 2. Aufl., Tübingen 2012, S. 35. ¹⁰⁰ Europäisches Parlament: Bericht über die Finanzierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (2014/2258(INI)), A8-0136/2015, 21.4.2015, S. 8. ¹⁰¹ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 25./26.6.2015, EUCO 22/15, S. 6. Dazu auch: Puglierin/Feyock: Deutschland ertüchtigt. ¹⁰² Leijenaar, Annette: Africa Can Solve Its Own Problems With Proper Planning and Full Implementation of the African Standby Force, Institute for Security Studies, Pretoria, 21.1.2014; issafrica.org. ¹⁰³ Gräfe, Sebastian: Afrikanische Sicherheit: Hier wird ein Luftschloss gebaut, in: IPG Internationale Politik und Gesellschaft, 5.3.2015. ¹⁰⁴ Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 32f. ¹⁰⁵ Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC): KAIPTC Core Training Courses, 2013, S. 39. ¹⁰⁶ Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 32f. ¹⁰⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Krisenprävention und Rüstungsexporte, 15.4.2015, Drucksache 18/4626, Anlage 1. ¹⁰⁸ Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 33. ¹⁰⁹ Schmitz, Colla: Für Extremsituationen gerüstet – jederzeit und weltweit, in: Bundeswehr aktuell 32/2013, S. 6; KAIPTC: Key Training Staff, Onlineportal, unter: www.kaiptc.org/Training/Staff.aspx. ¹¹⁰ Deutscher Bundestag: Antrag der Bundesregierung, Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolutionen, zuletzt 2173 (2014) vom 27. August 2014, Drucksache 18/3006, S. 5. ¹¹¹ Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC): KAIPTC Core Training Courses, Accra 2013, S. 6.

Das KAIPTC ist damit ein wichtiger Anker und Vernetzungspunkt, auch für zukünftige militärische Ertüchtigungseinsätze, wie sich erst jüngst beim Ebola-Einsatz der Bundeswehr oder der Übung «Obangame Express» 2015 zeigte. Dieser Aspekt des Netzwerkaufbaus bedeutet auch, die Tür für mögliche Geschäfte und zukünftigen Einfluss in der Region offen zu halten. Die GIZ reagierte beispielsweise direkt auf die Krise in Mali: Es wurde «aufgrund des akuten Bedarfes an Kräften für die Friedensmission der VN in Mali [im KAIPTC ein] Trainingskurs für Menschenrechte entwickelt». ¹¹² Dadurch, merkt die GIZ an, «wurde die Marktpositionierung des KAIPTC erheblich gefördert». ¹¹³ Das Erprobungsfeld Afrikanische Union gewinnt so für den militärischen Export stetig an Bedeutung, der sich nicht nur in direkten Ausbildungseinsätzen erschöpft, sondern verstärkt auch von den gemeinsamen Militärübungen und den aufgebauten Trainingsstrukturen profitiert.

2.3 LEITBILD VEREINTE NATIONEN

Neben den USA und dem Erprobungsfeld AU liefern insbesondere die Vereinten Nationen (UN) das Leitbild für weltweite Militäreinsätze. Nach den auch von der UN geförderten Sicherheitssektorreformen ¹¹⁴ spielt hier vor allem die sogenannte Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) eine herausragende Rolle. Das Konzept und seine Umsetzung basieren auf drei Säulen – Souveränitätsverschiebung (erste Säule), militärischer Kapazitätsaufbau (zweite Säule) und externe Militärintervention (dritte Säule), von denen vor allem die zweite Säule zunehmend zur Triebfeder und Legitimation für eine weltweite Aufrüstung geworden ist. ¹¹⁵

Schutzverantwortung

Das Konzept der Schutzverantwortung ist im wissenschaftlichen, aber vor allem im politischen Mainstream angekommen. So griffen etwa der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD vom Herbst 2013 und Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Forderung nach der Übernahme von mehr internationaler Verantwortung das R2P-Konzept auf. Zusätzlich wird die Debatte um die R2P mittlerweile so intensiv geführt, dass sich die Argumente der Befürwortenden und der Ablehnenden verfestigt haben. Erstere stellen die neue Qualität heraus, mit der nun auf Massenverbrechen reagiert werden könne und müsse; Letztere unterstreichen die Missbrauchsgefahr – wie etwa in Libyen – und die damit einhergehenden Legitimationsversuche für militärische Interventionen. ¹¹⁶ Den KritikerInnen wird dabei vorgeworfen, sie würden die Interventionsmöglichkeiten und deren Missbrauch überbetonen und dafür die Prävention, deren Erfolge leider nur schwer zu belegen seien, ausblenden. ¹¹⁷ Diesen Vorbehalten wird wiederum mit zahlreichen Argumenten begegnet: dass etwa mit R2P der Souveränitätsverfall und somit das Schutzrecht schwacher Staaten aufgelöst werde, ¹¹⁸ dass sich kolonial-paternalistische Vorstellungen als Recht zur Bestrafung manifestierten ¹¹⁹ oder dass die R2P auf moralisierenden Argumenten basiere, die politische

Lösungsoptionen verunmöglichten und andernorts benötigte Ressourcen ohne Nutzen binden würde. ¹²⁰ Wenig Aufmerksamkeit schenken dabei in der Regel beide Seiten der zweiten Säule zur Umsetzung der Schutzverantwortung, «internationaler Beistand und Kapazitätsaufbau».

Dieser Kapazitätsaufbau stellt wohl die Hauptneuerung der R2P dar, denn mit ihr wird – quasi von den Vereinten Nationen abgesegnet – eine weltweite Aufrüstungsdynamik legitimiert, die als «responsibility to arm» ¹²¹ beschrieben werden muss. Besonders deutlich wird dies im R2P-Umsetzungsbericht von 2014 des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon. ¹²² In dem Bericht werden die Staaten selbst in die Verantwortung genommen, dafür zu sorgen, ausreichend Vorkehrungen zu treffen, dass es in ihrem Land nicht zu Massenverbrechen kommt. Falls sie dieser Verantwortung nicht nachkommen können, werden sie ferner in die Pflicht genommen, sich dabei «assistieren» zu lassen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Staaten nahezu genötigt werden aufzurüsten, da sie sich sonst unter Umständen verdächtig machen, ihrer Verantwortung nicht gerecht zu werden. Auch wenn sich diese Vorkehrung auch auf zivile und polizeiliche Komponenten beziehen, werden militärische Kapazitäten immer mitgedacht. Es ist eine der «einfachen Wahrheiten», die die R2P zu verkaufen sucht, dass es, wenn ausreichend staatliche Repressionsinstrumente vorgehalten werden, nicht zu Massenverbrechen kommt. Diese Vorstellung ist eng mit dem bereits kritisierten Konzept von «Ownership» und der Idee, dass mit Sicherheitssektorreformen ein Militär geschaffen wird, dass diesen Ansprüchen gerecht werden könne, verbunden. Dass an allen Massenverbrechen, auch an den viel zitierten in Ruanda und Srebrenica, das (staatliche) Militär entschieden beteiligt war, wird dabei ausgeblendet, zu verlockend und einfach klingt es doch, mit harter Hand Ruhe schaffen zu können. 2015 fand der erste R2P-Kurs an der KAIPTC-«Peacekeeping»-Schule statt, unterstützt von der Regierung Dänemarks und der R2P-Lobbygruppe «Global Centre for Responsibility to Protect», die auch von Deutschland mitfinanziert wird. ¹²³

¹¹² GIZ: Unterstützung des Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC), 2015. ¹¹³ Ebd. ¹¹⁴ Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 10. ¹¹⁵ UN/Report of the Secretary-General: Implementing the responsibility to protect, A/63/677, 21.1.2009. ¹¹⁶ U. a. Pingeot, Lou/Obenland, Wolfgang: In whose name? A critical view on the Responsibility to Protect, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung New York Office und Global Policy Forum, Bonn/New York 2014. ¹¹⁷ Nachtwei, Winfried: Überfällig oder nur verdächtig?, in: ZfD Magazin 11/2014, S. 4. ¹¹⁸ Chomsky, Noam: A New Generation Draws the Line – Humanitarian Intervention and the «Responsibility to Protect» Today, aktualisierte und erweiterte Aufl., Boulder/Colorado 2011. ¹¹⁹ Mamdani, Mahmood: Blinde Retter, Hamburg 2010; Cunliffe, Philip: A Dangerous Duty: Power, Paternalism and the Global «Duty of Care», in: ders. (Hrsg.): Critical Perspectives on the Responsibility to Protect, London – Interrogating Theory and Practice, Abingdon 2011. ¹²⁰ Fassin, Didier: Heart of Humaneness – The Moral Economy of Humanitarian Interventions, in: ders./Pandolfi, Marielle (Hrsg.): Contemporary States of Emergency – The Politics of Military and Humanitarian Interventions, New York 2010, S. 269–294; Rudolf, Peter: Schutzverantwortung und humanitäre Intervention – Eine ethische Bewertung der «Responsibility to Protect» im Lichte des Libyen-Einsatzes, hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studien 3/2013. ¹²¹ Mickan, Thomas: Responsibility to Arm, in: junge Welt, 24.11.2012, S. 2. ¹²² UN/Report of the Secretary-General: Fulfilling our collective responsibility: international assistance and the responsibility to protect, A/68/947-S/2014/449, 2014. ¹²³ VibeGhana: KAIPTC holds maiden Responsibility to Protect Course, 10.11.2014.

«Resolution 2151 (2014)»

Besonders eindrucksvoll fügt sich in dieses Bild die «Resolution 2151 (2014)» des Sicherheitsrates. Diese unterstreicht die Bedeutung von «Ownership» bei Sicherheitssektorreformen und wurde einstimmig angenommen.¹²⁴ Auch wenn dabei von «Ownership» gesprochen wird, zielt die Resolution vielmehr auf die Forderung nach weiteren Sicherheitssektorreformen ab und erhebt sie zum Kern aller UN-Friedensbemühungen. «Ownership» ist dabei wiederum nur das liberale Vehikel, mit dem die Weltgemeinschaft die Forderung nach mehr Aufrüstung legitimiert. Von der «Group of Friends of Security Sector Reform», einer Art Arbeitsgruppe innerhalb der UN, wird die «Resolution 2151 (2014)» daher auch als Meilenstein gefeiert, um

Aufrüstung voranzutreiben. In der Resolution wird ein weiteres Mal die Aufrüstung der Afrikanischen Union hervorgehoben und mit der Aufforderung verbunden, dass andere Staaten diese unterstützen sollen.¹²⁵ Über die UN wird damit ein Leitbild etabliert, auf das sich Staaten beziehen, um weltweiten Militäraufbau zu legitimieren. Sie ist darin der Spiegel ihrer Mitglieder, die den Trend zur offenen Ertüchtigung in die normativen Strukturen der Weltgemeinschaft tragen, um sich später wieder auf sie beziehen zu können und ihre eigenen Ziele mit noch mehr Dynamik fortzusetzen. Ferner werden die vielen positiven Impulse, die die UN außerhalb ihres militärischen und sicherheitspolitischen Wirkens setzen, weiter in den Hintergrund gedrängt.

¹²⁴ UN/Security Council: Unanimously Adopting Resolution 2151 (2014), Security Council Underscores Need for National Ownership of Security-Sector Reform, SC/11369, 28.4.2014. ¹²⁵ Ebd., Nr. 17.

3 DEUTSCHE EINSÄTZE

3.1 VERGANGENE EINSÄTZE

Welche Einsätze zur Ertüchtigung fanden in den vergangenen Jahren unter deutscher Beteiligung statt und wie haben sie sich im Laufe der Zeit verändert? Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass Einsätze dieser Art nicht notwendigerweise vom Bundestag mandatiert worden sein müssen. Die im Folgenden genannten Fälle stellen keine vollständige Liste aller Einsätze dar, sondern sind exemplarisch ausgewählt, um Entwicklungslinien aufzuzeigen und nicht zuletzt zu illustrieren, welche Ausgestaltung Einsätze annehmen können. Sie stellen ausdrücklich keine Konfliktbeschreibungen dar. Es wird auf vergangene Einsätze («Bridging Effort», EUSEC RD Congo), den deutschen Dauereinsatz in Afghanistan sowie neue Einsätze in Mali und Nordirak geschaut. Abschließend werden die militärische Ausstattungshilfe (MAH) und Rüstungsexporthilfen betrachtet.¹²⁶

Alle hier beschriebenen Einsätze finden oder fanden im Nachwendedeutschland statt. Unberücksichtigt bleibt die militärische Ausbildungshilfe in der BRD vor 1990 und der DDR. Diese hat in der BRD seit 1962 eine lange Tradition, ist jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung kaum präsent. Allein Anfang der 1980er Jahre wurden beispielsweise jährlich rund 100 höherrangige Angehörige ausländischer Streitkräfte aus Nicht-Nato- und Nicht-EU-Staaten im Rahmen der militärischen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe ausgebildet – unter anderem aus Ländern wie Mali, Ruanda, Thailand, Sudan, dem damaligen Obervolta, Indonesien, Philippinen und Zaire.¹²⁷ Für die DDR wiederum ist die Offiziershochschule Otto Winzer in Prora einschlägig. Hier wurden bis 1990 über 1.000 Militärkader ausgebildet. Die Rekruten kamen aus Simbabwe, Sambia, der Volksrepublik Kongo, Nicaragua, Kuba, Tansania, Syrien, der Jemenitischen Arabischen Republik, der Volksdemokratischen Republik Jemen, Afghanistan, Nordkorea, Laos, Vietnam, Kampuchea, Äthiopien, Mosambik oder waren Angehörige der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).¹²⁸

«Bridging Effort»

Einer der ersten Ertüchtigungseinsätze der Bundeswehr nach 1990 war «Bridging Effort» im Jahr 2005. Nach dessen Vorbild sollten auch weitere Einsätze gestrickt werden. Der Einsatz verdeutlicht zudem besonders gut, wie über die Ausbildungseinsätze Rüstungsgeschäfte begünstigt werden.

Bereits vor dem Bundeswehreininsatz bildete das Bundeskriminalamt ab Januar 2004 500 irakische Polizistinnen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) aus, um einen Beitrag zum «Statebuilding» im Irak zu leisten. Im August wurden dann Vereinbarungen zwischen den VAE, dem Irak und der Bundeswehr in Abu Dhabi getroffen. Sie sahen vor, in einem ersten Schritt 100 Bundeswehrlastwagen von Mercedes-Benz an

den Irak zu übergeben und das notwendige militärische Personal dafür von der Bundeswehr in den VAE auszubilden. Bereits im Dezember 2004 besuchte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck das Ausbildungskontingent der Bundeswehr für die Lastwagenmannschaften. In diese Zeit fallen auch zahlreiche weitere Besuche etwa des Innenministers und von Wirtschaftsdelegationen. Abu Dhabi hatte Konjunktur. Zu Beginn der eigentlichen Mission «Bridging Effort» im April 2005 wiederholte Struck seine Reise in die VAE.¹²⁹

«Bridging Effort» gliederte sich in zwei Phasen, die von April bis Mai und Oktober bis Dezember 2005 stattfanden, dazwischen war aufgrund des heißen Wetters keine Ausbildung möglich, und die ausgebildeten Iraker sollten im kriegsgeschüttelten Irak die Zeit nutzen, das «Erlernte zu vertiefen».¹³⁰ In den zwei Ausbildungsabschnitten wurden ein irakisches Pionierbataillon aufgestellt und die Ausbildungsgrundlagen für das irakische Pionierwesen gelegt. Insgesamt schulte Deutschland dafür 250 irakische SoldatInnen – auch in Deutschland – für den Sanitätsdienst und die Kampfmittelbeseitigung.¹³¹ In Phase I waren fast 80, in Phase II sogar über 90 AusbilderInnen der Bundeswehr vor Ort, untergebracht in Hotels der gehobenen Klasse.¹³² Unter anderem waren das Pionierbataillon 701 aus Gera, das Pionierbataillon 12 aus Volkach sowie das Pionierbataillon 140 aus Emmerich am Rhein beteiligt.¹³³ Der Einsatz kostete ohne Materialüberlassungen mehr als vier Millionen Euro.¹³⁴ Er war auch als ein Multiplikatorentraining angelegt, sodass in der zweiten Phase die ausgebildeten IrakerInnen selbst die Ausbildungsaufgabe übernahmen, ganz im Sinne einer «Hilfe zur Selbsthilfe», wie sie die Bundeswehr versteht.¹³⁵

«Auch Rüstungsgeschäfte werden vorangetrieben», bescheinigte der Journalist Stephan Löwenstein der Mission «Bridging Effort» in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: Dabei handelte es sich unter anderem um den Verkauf von «zwei Minenjagdbooten

¹²⁶ Zum nicht betrachteten Ertüchtigungseinsatz Deutschlands im Kosovo vgl. u. a. Schürkes, Jonna: Kosovo: Eine neue Armee und ein deutlich eingeschränktes Mandat für EULEX, IMI-Standpunkt 31, Tübingen 2014 sowie dies.: KFOR und die Etablierung der Grenzen des Kosovo, IMI-Analyse 9, Tübingen 2012. Zur Ertüchtigung von UNIFIL im Libanon vgl. Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 11, 17. Zu Somalia vgl. Schürkes, Jonna: Arming Somalia, IMI-Analyse 12, Tübingen 2010; Bernhold, Christin: Die «neue» Afrika-Politik der BRD, IMI-Analyse 6b, Tübingen 2015. ¹²⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN: Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für ausländische Sicherheitskräfte, 7.11.1984, Drucksache 10/2263, Frage 1; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN: Militärische Zusammenarbeit mit Zaire, 28.3.1985, Drucksache 10/3110, Frage 4. ¹²⁸ Denk-MAL-Prora: Herkunft der Offiziersanwärter und Struktur der Schule, Prora 2014. ¹²⁹ Deutsches Generalkonsulat Dubai: Die Geschichte der Strategischen Partnerschaft, Onlineportal. ¹³⁰ Prieß, Ingo: Ausbildung irakischer (IRQ) Sicherheitskräfte im Pionierwesen, in: Pioniere der Unterelbe e. V., Rundbrief 1/2006, S. 2–7. ¹³¹ Bundeswehr/Bötel, Frank: Details der Ausbildungsunterstützung, 3.12.2013. ¹³² Prieß: Ausbildung irakischer (IRQ) Sicherheitskräfte im Pionierwesen. ¹³³ Bundeswehr/Heer: Geschichte des Pionierregiments 100, 5.5.2014; Bundeswehr/Pieta, Withold/Bötel, Frank: Doppelter Brückenschlag in der Wüste, 3.12.2013. ¹³⁴ Löwenstein, Stephan: Bundeswehr will irakische Armee «stabilisieren», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.2005. ¹³⁵ Bundeswehr/Pieta, Withold/Bötel, Frank: «Genau der richtige Ansatz», 3.12.2013.

aus Beständen der Deutschen Marine» und um Verhandlungen über Schnellboote, den Spürpanzer Fuchs und U-Boote.¹³⁶

Die «Bridging Effort»-Ausbildungen waren der praktische Teil und Auftakt für die enge Sicherheitskooperation zwischen Deutschland und den VAE. Die Mission war die notwendige Voraussetzung, um diese in Gang zu bringen. Die erfolgten tatsächlichen Ausbildungen waren gegenüber der Sicherheitskooperation zweitrangig. Ab dem Jahr 2005 entwickelten sich die VAE zu einem großen Absatzmarkt für die deutsche Rüstungsindustrie: Wurden in den fünf Jahren vor «Bridging Effort» von 1999 bis 2004 insgesamt 429 Millionen Euro umgesetzt, war der Umsatz im Vergleichszeitraum 2005 bis 2009 mit 1,162 Milliarden Euro mehr als doppelt so groß (2010–2014: 994 Millionen Euro).¹³⁷ Auch einige Jahre später waren BundeswehrosoldatInnen wieder in Abu Dhabi im Einsatz.¹³⁸ Diesmal im Auftrag von Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bei Erprobungsfahrten für den Panzer Leopard 2.¹³⁹

Auch die Anfang 2016 diskutierte Ausbildung tunesischer und libyscher SoldatInnen außerhalb des unsicheren Libyens – wahrscheinlich anknüpfend an EUBAM Libya¹⁴⁰ – im Nachbarland Tunesien¹⁴¹ kann vor diesem Hintergrund gelesen werden: Es geht nicht nur um libysche Sicherheitsinteressen, sondern gleichzeitig darum, Rüstungsgeschäfte mit den beteiligten Staaten voranzutreiben.

EUSEC RD Congo

Der noch laufende Einsatz im Kongo, EUSEC RD Congo, an dem die Bundeswehr von Juni 2005 bis September 2014 beteiligt war, steht exemplarisch für eine Reihe von kleinen Ertüchtigungsmissionen, die jeweils eingebettet sind in ein ganzes Bündel von Missionen im gleichen Land. Der Einsatz im Kongo verweist zudem auf die europäische Dimension der Politik der Ertüchtigung, die auch bei weiteren Einsätzen wie etwa der Mission EUTM Mali von Bedeutung ist, und zeigt, dass die Wirkung solcher Missionen – gemessen am verlautbarten Anspruch auf Verbesserung der Situation vor Ort und am Materialeinsatz – gegen Null geht. Menschen- oder Bürgerrechte scheinen im Falle des Kongos ohnehin für die EU keine Rolle zu spielen.¹⁴² Ausnahmen werden einzig dann gemacht, wenn sich (Rüstungs-)Geschäfte anbahnen und die Aufrechterhaltung des Einflusses in der Region auf dem Spiel steht.

EUSEC RD Congo startete im selben Jahr wie «Bridging Effort» und war als «zivile» Mission im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union nicht mandatierungspflichtig durch den Deutschen Bundestag.¹⁴³ In den neun Jahren der deutschen Beteiligung waren insgesamt 24 deutsche SoldatInnen im Einsatz, deren Hauptaufgabe darin bestand, ein Soldauszahlungssystem für die kongolesische Armee aufzubauen. Dafür sollten alle Armeeangehörigen biometrisch erfasst werden, um Truppenausweise zur Soldaus-

zahlung zu erstellen – eine Aufgabe zudem, die ohne Weiteres auch von zivilen ExpertInnen hätte übernommen werden können.¹⁴⁴ Für die biometrische Erfassungsmaßnahme zahlte allein das Auswärtige Amt 2009 fast eine halbe Million Euro. Die Bundesregierung stufte die Maßnahme in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage aber entgegen allen sonstigen Verlautbarungen sehr wohl als «militärisch» ein.¹⁴⁵ Zudem wirkten deutsche SoldatInnen auch beim Aufbau der Unteroffiziersschule Ecole de Formation des Sous-Officers in Kitona mit, an der seit 2012 Offiziere ausgebildet werden.¹⁴⁶ Dass die Soldauszahlungsmission im Zeichen eines politisch schwierigen Umfelds die Armee «demokratischer» gemacht hat und den Missbrauch von KindersoldatInnen eindämmte, wird von ExpertInnen jedoch bezweifelt.¹⁴⁷ Auch gibt es Spekulationen, ob bei der Biometriemission der Bundeswehr deutsche Firmeninteressen «unterstützend» gewirkt haben und es dabei allerdings zu Ungereimtheiten kam. Mögliche personelle Verbindungen¹⁴⁸ und Wirbel um weitere Ungereimtheiten bei Biometrieauftragsvergaben in Kamerun und Uganda sind hierfür Indizien.¹⁴⁹ Zu einer Auftragsvergabe an deutsche Firmen soll es laut Bundesregierung jedoch nicht gekommen sein.¹⁵⁰ Eine abschließende Untersuchung der Vorkommnisse ist bisher ausgeblieben.

3.2 DAUEREINSATZ AFGHANISTAN

Der Afghanistaneinsatz stellt neben dem größten deutschen Kriegseinsatz nach 1945 auch den größten Ertüchtigungseinsatz der Bundeswehr dar. Diese bislang länger als ein Jahrzehnt andauernde Ausbildungs-offensive – intensiviert durch die 2006 aufgestellten Operativen Mentoren- und Verbindungsteams (OMLT),¹⁵¹ die 2010 aufgestellten Ausbildungs-

¹³⁶ Löwenstein: Bundeswehr will irakische Armee «stabilisieren». ¹³⁷ BICC: Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Länderportrait Vereinigte Arabische Emirate, Juni 2011, S. 5f. ¹³⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2. ¹³⁹ Gebauer, Matthias: «Leopard 2»: Bundeswehr unterstützt Schießtraining in Saudi-Arabien, in: Spiegel Online, 5.7.2012. ¹⁴⁰ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Mögliche Neuaufgabe einer zivil-militärischen EUBAM-Mission in Tunesien unter Beteiligung der Bundeswehr, 15.10.2015, Drucksache 18/6229, u. a. Frage 18 und 19. ¹⁴¹ Spiegel Online: Anti-IS-Allianz: Bundeswehr soll libysche Soldaten ausbilden, 9.1.2016; AFP: Steht Bundeswehr-Einsatz in Tunesien bevor?, 21.2.2016. ¹⁴² Vgl. Dagdelen: Gewaltexport in den Globalen Süden, S. 16. ¹⁴³ BMVg/Pauli, Heiko: EUSEC: Eine europäische Mission im Kongo, 3.12.2013. ¹⁴⁴ Bundeswehr/Raebel, Florian: Letzter deutscher Soldat verlässt Kinshasa – Ende der deutschen militärischen Beteiligung in der Demokratischen Republik Kongo, 27.1.2015. ¹⁴⁵ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Krisenprävention und Rüstungsexporte, 15.4.2015, Drucksache 18/4626, Anlage 1. ¹⁴⁶ Bundeswehr: Demokratische Republik Kongo – EUSEC RD Congo, 30.9.2014; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, 22.2.2010, Drucksache 17/766, Frage 21. ¹⁴⁷ Schürkes: «Die Leute vor Ort machen die Drecksarbeit...»; Marischka, Christoph: Deutsche Beteiligung an zweifelhaften EU-Missionen in der Demokratischen Republik Kongo, IMI-Analyse 26, Tübingen 2011. ¹⁴⁸ Scheen, Thomas: Deutscher Botschafter in Kongo abberufen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.11.2006. ¹⁴⁹ Müller, Andreas: Ärger nach Besuch in Kamerun, in: Stuttgarter Zeitung, 15.10.2012; ders.: Berliner Freibrief für Botschafter, in: Stuttgarter Zeitung, 25.12.2012. ¹⁵⁰ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, 22.2.2010, Drucksache 17/766, Frage 23. ¹⁵¹ Zu den Vorgehen der OMLT vgl. u. a. Bundeswehr/Messner, Peter/Jung, Volker: OMLT – mit afghanischen Soldaten draußen unterwegs, 2014.

Schutzbataillone sowie die ab 2012 restrukturierten Partnering Advisory Task Force (PATF)¹⁵² – kann hier nicht ausführlich nachgezeichnet werden. Im Zusammenspiel mit den Nato-Verbündeten handelt es sich jedoch um eine in ihren Ausmaßen kaum abzuschätzende militärische Ertüchtigung und Herstellung militärischen Gehorsams. Vor dem Hintergrund, dass SoldatIn-Sein je nach sozioökonomischem Hintergrund in der Regel auf Perspektivlosigkeit zurückzuführen ist oder schlicht aus Armut oder Zwang geschieht, muss im Zusammenhang mit dem Afghanistaneinsatz deshalb von einem der größten Ausbeutungsprojekte mit deutscher Beteiligung zur militärökonomischen Verwertung gesprochen werden.

In Afghanistan zeigt sich eine mehrschichtige militärische Ertüchtigung. Diese beginnt bei der Ausbildung der deutschen SoldatInnen, die zukünftig ertüchtigten beziehungsweise die entsprechenden Sicherheits- und Infrastrukturen etablieren sollen. Sie beinhaltet zweitens die Ausbildung von ausländischen Hilfstruppen und drittens schließlich die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte selbst.

Die deutschen SoldatInnen werden in drei Phasen – zusätzlich zu ihrer bisherigen militärischen Sozialisation – auf den Auftrag vorbereitet oder vielmehr entsprechend zugerichtet, denn «einheitliche Denkweisen» werden ausdrücklich gefördert.¹⁵³ In einer ersten Phase werden die zukünftigen Auszubildenden von bereits einsatzerfahrenem Ausbildungspersonal geschult. So reproduziert sich die «Generation Einsatz» selbst, und die militärische Zurichtung kann optimiert werden. Diese Ausbildung erfolgt beispielsweise auf dem Übungsplatz in Munster, dem Gefechtsübungszentrum Heer in der Colbitz-Letzlinger Heide (GÜZ) oder an der Nato-Schule in Oberammergau. In einer zweiten Phase wird noch vor dem Einsatz eine internationale Ausbildung vorangetrieben, etwa im Gefechtsübungszentrum in Hohenfels, dem UN-Ausbildungszentrum in Wildflecken oder dem polnischen Joint Forces Training Center Bydgoszcz. In Afghanistan erfolgt in einer dritten Phase die Ausbildung durch die International Security Assistance Force (ISAF) vor Ort.¹⁵⁴ Wie bereits erwähnt, ist die Bundeswehr immer stärker von der «Generation Einsatz» geprägt, sodass eine «Karriere» bei der Bundeswehr ohne Einsatzerfahrungen im Ausland fast unmöglich erscheint. Die deutschen SoldatInnen sind so nicht nur vor ihrer Anwerbung, sondern auch auf ihrem weiteren Dienstweg dem Zwang ausgesetzt mitzumachen.

Noch problematischer stellt sich die Ausbildungssituation von ausländischen Hilfskräften in Afghanistan dar, die die Aufgaben der Bundeswehr vor Ort übernehmen sollen. Im Afghanistan-Einsatz wurden zur Unterstützung der Bundeswehr armenische SoldatInnen mit deutschen Uniformen versorgt, mongolische SoldatInnen zur Überwachung des deutschen Lagers ausgebildet und eingesetzt – die Ausbildung erfolgte dafür auch durch die Bundeswehr in der Mongolei mit 80 SoldatInnen im Jahr 2013.¹⁵⁵ Des Weiteren wurden

georgische Truppen etwa in Hammelburg weitergebildet, die die QRF-Kompanie der Bundeswehr übernehmen sollen.¹⁵⁶ Wie Eric Chauvistré treffend herausstellte, erkaufen sich diese Länder damit «Unterstützung und Anerkennung durch die Nato».¹⁵⁷ Die Währung – so ist zu ergänzen –, in der sie sich diese Unterstützung erkaufen, ist allerdings nicht Geld, es sind Menschen, die ihren Kopf für nationales Prestige hinhalten und ihr eigenes Leben opfern sollen.

Nicht zuletzt ist die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF) der wichtigste Bestandteil der internationalen Ertüchtigung: Mittlerweile konnte ihre Anzahl auf insgesamt rund 350.000 SoldatInnen und PolizistInnen erhöht werden. Diese Zahl ist allerdings mit großer Vorsicht zu genießen, da Schätzungen zufolge nur rund 60 Prozent der tatsächlich registrierten Sicherheitskräfte existierten.¹⁵⁸ Als Sollstärke für das Militär sind bis ins Jahr 2020 «203.000 Personen, darunter ca. 187.000 Landstreitkräfte, ca. 8.000 Luftstreitkräfte [...] und ca. 8.000 zivile Angestellte»¹⁵⁹ angestrebt. Im Anschluss soll ihre Anzahl dann auf 123.000 Land- und 8.000 Luftstreitkräfte reduziert werden. 2014 wurde zu dem Jahr erklärt, ab dem die ANSF in afghanische Eigenverantwortung (Ownership) übergegangen sein soll. Seitdem wurde vor allem qualitativ bei «Feuerunterstützung, Kampfmittelabwehr, sanitätsdienstlicher Versorgung, Lufttransport, Aufklärung sowie Logistik und Materialerhaltung» unterstützt.¹⁶⁰ Die Bundesregierung lässt keine Zweifel an der Hauptaufgabe der ANSF: «Die Ausbildung und Ausrüstung der ANA [Afghanische Nationalarmee] zielt daher auf die Schaffung von Fähigkeiten zur Durchführung sog. Counter Insurgency Operations [COIN, dt. Aufstandsbekämpfung].»¹⁶¹ Zudem strebe laut Bundesregierung die afghanische Regierung an, zur Abschreckung gegenüber Pakistan und dem Prestigegewinn der eigenen Streitkräfte in der Bevölkerung «Großgerät wie Panzer und Artillerie» anzuschaffen: «Die Internationale Gemeinschaft unterstützt die ANA vollumfänglich mit finanziellen Mitteln, durch Bereitstellung von Ausrüstung sowie durch Beratung und teilweise Ausbildung im In- und Ausland.»¹⁶² Die Auftragsbücher für künftige Rüstung dürften durch die afghanische Armee weiter gefüllt werden. Dass ein Auftragswettbewerb ohne die eigentlich zu bekämpfende Korruption stattfinden

¹⁵² Bundeswehr/Lehmann, Robert: Nordafghanistan: Neue Struktur der deutschen Einsatzkräfte, 2013. ¹⁵³ Schneider, Jochen: Letztes Kontingent. Partnering Advisory Task Force Kunduz, in: Europäische Sicherheit & Technik 6/2014, S. 43. ¹⁵⁴ Ebd.; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, 22.2.2010, Drucksache 17/766, Frage 4. ¹⁵⁵ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2. ¹⁵⁶ Chauvistré: Beraten statt kämpfen in Afghanistan. ¹⁵⁷ Ebd. ¹⁵⁸ O'Donnelland, Lynne/Khan, Mirwais: «Ghost» Troops in Afghanistan's Military, in: Real Clear Defense, 11.1.2016. ¹⁵⁹ Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale, 5.3.2015, Drucksache 18/4270, S. 78. ¹⁶⁰ Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan November 2014, Berlin 2014, S. 20. ¹⁶¹ U. a. Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale, 5.3.2015, Drucksache 18/4270, S. 78. ¹⁶² Ebd.

wird, gilt unter ExpertInnen zum Thema Waffenhandel als ausgeschlossen.¹⁶³ Auch wurden zusätzlich zum direkten Waffenhandel indirekt deutsche Rüstungsgüter der Bundeswehr, deren Rückverlegung als zu kostspielig eingestuft wurde, an die afghanischen Streitkräfte weitergegeben.¹⁶⁴

Die Ausbildung der ANSF ging jedoch auch mit massenhafter Fahnenflucht einher – der Verbleib der mitgeführten Waffen ist ungewiss.¹⁶⁵ Die genaue Zahl ist nicht bekannt; Schätzungen gehen jedoch von Zehntausenden aus. Es sind Menschen auf der Suche nach Einkommen und Zukunft, deren Hoffnungen sich als lebensgefährlich herausstellten. Seit Beginn der Mission bis Ende 2013 sind zwischen 15.000 und 20.000 afghanische Sicherheitskräfte getötet worden,¹⁶⁶ mittlerweile werden es über 25.000 sein. Allein in den ersten acht Monaten des Jahres 2014 sind rund 3.450 Angehörige der ANSF gefallen.¹⁶⁷ In den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 sind bereits 4.302 Angehörige der ANSF getötet und 8.009 verwundet worden, ein Anstieg von mehr als 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, Tendenz weiter steigend.¹⁶⁸

Deutschland bildet nicht nur aus, sondern finanziert auch als zweitgrößter Geldgeber nach den USA diesen Militärapparat, der nicht durch das afghanische Steueraufkommen getragen werden kann. Dadurch befindet sich die afghanische Regierung in einer Abhängigkeit, die noch jahrzehntelang anhalten wird. Ab 2015 stellt die Bundesregierung pro Jahr rund 150 Millionen Euro, davon 80 Millionen Euro für die afghanische Armee und 70 Millionen Euro für die afghanische Polizei, bereit. Diese Abhängigkeit noch unterstreichend, heißt es im «Fortschrittsbericht Afghanistan 2014» dazu: «Ziel bleibt die mittelfristige Rückführung der Aufwendungen der Geberländer.»¹⁶⁹ Zur Unterstützung der afghanischen Armee wurde Ende 2014 zudem ein Nato-verwalteter Treuhandfonds (ANA Trust Fund, kurz: ANATF) ins Leben gerufen. 46 Geberstaaten beteiligen sich daran, was der afghanischen Armee 2015 zusätzliche 400 Millionen US-Dollar sicherte.¹⁷⁰

Auch die sich an den ISAF-Einsatz anschließende Nato-Mission «Resolute Support» verfolgt dieselben Ziele, die auch schon der «Fortschrittsbericht» als wichtigste Aufgabe für Afghanistan nennt: *«Die Ertüchtigung der für die Sicherheit zuständigen einheimischen staatlichen Institutionen ist im Kontext des angestrebten Staatsaufbaus des Transformationsauftrages die wichtigste und vorrangig in Angriff zu nehmende Aufgabe.»*¹⁷¹ Die dafür eingesetzten und vom Bundestag mandatierten 850 SoldatInnen sind zum überwiegenden Teil in Masar-e Scharif stationiert sowie in Kabul, dem berüchtigten Baghram und dem usbekischen Termiz.¹⁷² Davon sind rund 50 deutsche SoldatInnen tatsächliche Ausbildungskräfte, die vor allem aus den neu gebildeten Abteilungen des Heeres «Einsatz» beziehungsweise «Militärische Ausbildungsunterstützung» kommen.¹⁷³ Insgesamt beteiligen sich 12.000 SoldatInnen aus 14 Ländern an «Resolute Support». Die Mission ist als Operation in drei Phasen an-

gelegt. In Phase I möchte die Bundeswehr zuerst in den Hauptquartieren und höheren Kommandobehörden ausbilden, sich danach, in Phase II, auf Kabul konzentrieren (ab 2016), und schließlich soll in Phase III eine komplette Rückverlegung erfolgen (Ende 2016).¹⁷⁴ Als zusätzliche Kosten sind dafür im mandatierten Jahr 2015 282,1 Millionen Euro vorgesehen.¹⁷⁵ Mitte Dezember 2015 wurde das Mandat bis Ende 2016 verlängert und ein Betrag von weiteren 245,3 Millionen Euro eingeplant (die Zahlen sind dabei Untergrenzen, da zusätzliche, indirekte Kosten nicht berücksichtigt sind).¹⁷⁶ Dass in deutlichem Widerspruch zu der Abzugsrhetorik der Bundesregierung Anfang 2016 noch kein Ende des Afghanistaneinsatzes in Sicht ist,¹⁷⁷ ist dramatisch, infolge des gewählten militärischen Ansatzes jedoch zwangsläufig. Dass die vielen Anstrengungen fürs Militär und die vielen Milliarden Euro, die in die militärische Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte geflossen sind, besser für zivile Projekte unternommen beziehungsweise investiert hätten werden sollen, steht außer Frage. Dies hätte auch dazu geführt, dass nicht Zehntausende junger AfghanInnen ihr Wertvollstes zum Verkauf hätten feilbieten müssen, um für westliche Interessen instrumentalisiert zu werden: ihr Leben.

3.3 NEUE ERTÜCHTIGUNGSEINSÄTZE

Ein drittes Feld des militärischen Engagements stellen die neuen Ertüchtigungseinsätze der Bundeswehr dar. Beispielhaft werden dazu im Folgenden zwei Einsätze, EUTM Mali und der Bundeswehreininsatz im Nordirak, ausführlicher beschrieben. Dabei geht es jedoch nicht um eine geopolitische Lagebeurteilung etwa der Situation im Nordirak, sondern vielmehr um die Frage, was Ertüchtigung praktisch bedeutet und wie diese politisch begründet und eingebettet wird. Insbesondere die Verharmlosung solcher Einsätze und die versteckten Waffenexporte an nicht staatliche Akteure in Krisenregionen gilt es herauszuarbeiten.

¹⁶³ Feinstein, Andrew: The Shadow World. Inside the global arms trade, London 2011, S. 395–431. ¹⁶⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Krisenprävention und Rüstungsexporte, 15.4.2015, Drucksache 18/4626, Anlage 1. ¹⁶⁵ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, 22.2.2010, Drucksache 17/766, S. 2. ¹⁶⁶ Lühr, Henken: IPPNW-Body Count, Opferzahlen nach 10 Jahren «Krieg gegen den Terror», 3. aktualisierte und erweiterte Aufl., Berlin 2014, S. 76. ¹⁶⁷ Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan 2014, S. 19. ¹⁶⁸ Martinez, Luis: 13,000 Afghan Security Forces Killed in Last Three Years, in: ABCNews, 14.8.2015. ¹⁶⁹ Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan 2014, S. 21. ¹⁷⁰ Ebd. ¹⁷¹ Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan 2014, S. 63, Hervorhebung im Original. ¹⁷² Bundeswehr/Bötel, Frank: Resolute Support: Die ISAF-Folgemission, 8.5.2015. ¹⁷³ Klos, Dietmar: Deutsche Landstreitkräfte im Afghanistaneinsatz, in: Europäische Sicherheit & Technik 12/2014. ¹⁷⁴ Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 18/3246 – Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Nato-geführten Einsatz Resolute Support Mission für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte in Afghanistan, 17.12.2014, Drucksache 18/3583. ¹⁷⁵ Antrag der Bundesregierung. Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Nato-geführten Einsatz Resolute Support Mission für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte in Afghanistan, 19.11.2014, Drucksache 18/3246. ¹⁷⁶ Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Nato-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan, 18.11.2015, Drucksache 18/6743. ¹⁷⁷ Labinski, Anne: Kein Ende in Sicht. Die Mär vom Abzug aus Afghanistan, IMI-Analyse 1, Tübingen 2016.

EUTM Mali

Einer der jüngsten Ertüchtigungseinsätze der Bundeswehr ist die multinationale europäische Ausbildungsmission EUTM Mali, die offiziell 2013 begann, jedoch schon einen längeren Vorlauf hatte.¹⁷⁸ Anfang 2015 wurde das Bundestagsmandat bis Mai 2016 verlängert. Dieses sieht vor, die Zahl der SoldatInnen, die in Mali eingesetzt werden, auf 350 zu erhöhen. Für die Bundesregierung bildet Mali «damit einen Schwerpunkt des deutschen sicherheitspolitischen Engagements in Afrika.»¹⁷⁹ KritikerInnen warnen, dass sich die Bundesregierung damit sehenden Auges in ein neues Afghanistan begibt und sich in die Wirren eines die ganze Region weiter destabilisierenden Krieges verstrickt.¹⁸⁰ Der Einsatz findet, wie EUSEC RD Congo, in einem breiten Geflecht verschiedener Missionen statt, an denen Deutschland in verschiedener Form beteiligt ist (insbesondere EUCAP Sahel Mali, MINUSMA, AFISMA). Für das Jahr 2015 waren für den Einsatz zusätzliche Kosten von 16 Millionen Euro vorgesehen.¹⁸¹ In Mali eingesetzt ist auch die deutsch-französische Brigade. 2014 waren etwa 100 SoldatInnen aus dieser Brigade in Mali aktiv. Der Einsatz diente somit auch dazu, die innereuropäische Militärzusammenarbeit auf dem Übungsplatz Afrika weiter voranzutreiben.¹⁸²

Die Bundeswehr betrat im Jahr 2013 mit der noch vom Bundestag unmandatierten Unterstützung des Einsatzes der Afrikanischen Union AFISMA mit bis zu 15 SoldatInnen in Mali kein Neuland.¹⁸³ Bereits in den Jahren von 1972 bis 1995 und von 2005 bis zu den Unruhen um den Militärputsch im April 2012¹⁸⁴ und wieder ab Februar 2013 bildete die Bundeswehr die malische Armee aus, auch die malische Polizei wurde ausgebildet. Die Bundeswehr war im Rahmen des «Ausstattungshilfeprogramms der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für ausländische Streitkräfte» vor Ort. Unter anderem wurde eine Pionierkompanie ausgerüstet. Die Kosten dafür sollen zwischen 2005 und 2012 allein 37 Millionen Euro betragen haben. Zum Teil handelt es sich dabei auch um Materialüberlassungen durch die Bundeswehr.¹⁸⁵ 2011 stellte, mitfinanziert durch das Auswärtige Amt, die Bundeswehr aus ihren Beständen zehn Lastkraftwagen zur Verfügung – Kostenpunkt 330.000 Euro.¹⁸⁶

Im Jahr 2013 kam aufgrund eines Gerichtsverfahrens wegen Veruntreuung gegen einen Kommandosoldaten ans Licht, dass auch das Kommando Spezialkräfte (KSK) in Mali geheim operierte. Mit 100.000 Euro «Handgeld» ausgestattet, sollte der Kommandosoldat im Jahr 2008 militärische Trainingslager organisieren – ohne Mandat des Bundestags.¹⁸⁷ Zudem beteiligten sich SoldatInnen der Bundeswehr und auch des KSK an der vom US-AFRICOM organisierten Großübung «Flintlock», die auch die malischen Streitkräfte zu Übungszwecken beteiligte.¹⁸⁸ In Mali befindet sich auch eine «Peacekeeping»-Schule, die L'Ecole de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye (EMP). Als Zambakro Peacekeeping School wurde diese in der Côte d'Ivoire 1999 durch Frankreich installiert und bil-

dete bis zum Umzug nach Koulikoro (Mali) 2002/03 über 600 Militärs aus. Bis 2006 wurden über 1.000 weitere Militärs ausgebildet. 2006 zog die Schule in die Hauptstadt Malis, Bamako, um und wurde umbenannt. Auch Deutschland fördert die EMP finanziell mit jährlich mindestens 150.000 Euro und stellte leitendes Personal zur Verfügung.¹⁸⁹ 2011 gab das Auswärtige Amt über eine halbe Millionen Euro aus, um die malische Armee fit zu machen für den Einsatz in Haiti.¹⁹⁰

Angesichts dieser bereits schon vor 2013 stattfindenden Ertüchtigung der malischen Sicherheitskräfte darf es schon stark verwundern, dass vor der großen Versendung von BundeswehrosoldatInnen das große Jammern in der sicherheitspolitischen Community einsetzte, die malische Armee sei vernachlässigt und bedürfe einer Ertüchtigung. Der Fall Mali macht auch deutlich, wie international vernetzt die Ertüchtigungsbemühungen sind, zu denen immer auch große Militärübungen und – insbesondere in Afrika – die «Peacekeeping»-Schulen gehören. Krisen wie in Mali scheinen da den Aufrüstungsbemühungen gerade recht zu kommen, ermöglichen sie es doch, das «Engagement» weiter auszuweiten. Für EUTM Mali zeigt sich zudem, dass die als «zivil» verkaufte europäische Ertüchtigungsmission ganz konkret in den Krieg eingreift und SoldatInnen für die Front in laufenden bewaffneten Auseinandersetzungen aufstellt. So wurden «nach Abschluss der Ausbildung [...] die Bataillone für mindestens sechsmontatige Einsätze in den [umkämpften] Norden des Landes entsandt».¹⁹¹ Selbst konservative ExpertInnen sprechen davon, dass die ausgebildeten malischen SoldatInnen durch den Einsatz etwa in Kidal regelrecht «verheizt» wurden.¹⁹²

Zudem veranschaulicht der Einsatz in Mali erneut, dass die Ausbildungseinsätze ein gutes Vehikel sind, um überflüssige Bundeswehrbestände (die ja zum Teil in Deutschland auch wiederbeschafft werden) den Er-

¹⁷⁸ Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 18/3836 – Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali), 25.2.2015, Drucksache 18/4109. ¹⁷⁹ Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali), 28.1.2015, Drucksache 18/3836. ¹⁸⁰ Marischka, Christoph/Wagner, Jürgen: Mali: Kriegsgetrommel im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz, IMI-Standpunkt 3, Tübingen 2013. ¹⁸¹ Ebd. ¹⁸² Klaffus, Gerhard: 25 Jahre Deutsch-Französische Zusammenarbeit, in: Europäische Sicherheit & Technik 10/2014, S. 30–34. ¹⁸³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Frage 3 und Anlage 2. ¹⁸⁴ Rogge, Ronald: Deutschland hilft seit über 40 Jahren, in: Y-Magazin 6–7/2013. ¹⁸⁵ Drechsel, Alexander: Bundeswehr betritt in Afrika bekanntes Terrain, in: Deutsche Welle, 7.3.2014. ¹⁸⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Krisenprävention und Rüstungsexporte, 15.04.2015, Drucksache 18/4626, Anlage 1. ¹⁸⁷ Marischka, Christoph: US-AfriCom und KSK seit Jahren in Mali aktiv, IMI-Standpunkt 30, Tübingen 2013. ¹⁸⁸ Ebd. ¹⁸⁹ Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 34; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Krisenprävention und Rüstungsexporte, 15.4.2015, Drucksache 18/4626, Anlage 1. ¹⁹⁰ Ebd. ¹⁹¹ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat: Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung, Brüssel, den 28.4.2015 JOIN(2015) 17 final, S. 7. ¹⁹² Seliger, Marco, zitiert nach: NDR: «Ertüchtigungs-Strategie reiner Aktionismus?», Sendung vom 21.2.2015.

tüchtigten als Zeichen der «Solidarität» zu überlassen. Nicht nur diese Inszenierungen¹⁹³ von «White Charity» zeugen von den kolonialen Mustern, die hier reproduziert werden und ein weiterer Ausdruck der krassen Machtasymmetrie sind. So strotzen die Erfahrungsberichte der Bundeswehr über den Mali-Einsatz nur so vor chauvinistischen Vorstellungen vom «Afrikaner»:

«Wir Europäer sind ja für unser von Vorschriften geprägtes Handeln und militärisch korrektes Auftreten bekannt. Klar, da prallen Welten aufeinander», resümiert der Hauptfeldwebel am Ende der Ausbildung. «Ich glaube aber, dass die Malier verstanden haben, worum es uns ging und dass sie langfristig von unserem Know-how profitieren können.»¹⁹⁴ oder «Immer, wirklich immer, gut gelaunt und fröhlich sind sie, und viele von ihnen sind dazu noch clever. Dies gilt vor allem für den handwerklichen Bereich. Wenn der eine oder andere darüber hinaus noch eine gute Ausbildung bekommt, dann könnte derjenige als Mittler für die Ausbildung in Mali Gold wert sein», so Oberleutnant K. in seinem Resümee.¹⁹⁵

Nordirak

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand die deutsche Politik der Ertüchtigung in der «Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte». Die Bundesregierung hat über die damit in Verbindung stehenden Waffenlieferungen nicht abstimmen lassen, anlässlich des Antikriegstags am 1. September 2014 gewährte sie dem Parlament lediglich eine Scheindebatte. Danach durften die Abgeordneten noch der Entsendung von 100 AusbilderInnen der Bundeswehr nach Erbil zustimmen.¹⁹⁶

Die Verteidigungsministerin inszenierte die völkerrechtlich umstrittene Waffenlieferung an die Peschmerga in den Nordirak als «Tabubruch» der deutschen Politik: «Wichtiger als die Frage, ob und welche Waffe wir am Ende liefern, ist die Bereitschaft, Tabus beiseitezulegen und offen zu diskutieren. An dieser Stelle sind wir gerade. Es geht nicht mehr um humanitäre Hilfe versus Ausrüstungshilfe, es geht um beides.»¹⁹⁷ Bereits ein halbes Jahr später stellte die Bundesregierung allerdings klar, dass es sich doch ausschließlich um eine «militärische Ausbildungsunterstützung» handelt, die «keinerlei humanitäre Zielsetzungen» enthält.¹⁹⁸ Tobias Pflüger, Oppositionspolitiker der LINKEN, rückte den Tabubruch anschließend ins rechte Licht: «Es geht also um Tabubruch in der deutschen Außenpolitik; darum, künftig nicht nur Waffen in Konflikt- und Kriegsgebiete zu liefern – was jetzt schon der Fall ist –, sondern auch an nicht staatliche Akteure.»¹⁹⁹

Geliefert wurde an den nicht staatlichen Akteur aus Altbeständen der Bundeswehr. In 18 Flügen wurden bis November 2014 rund 1.300 Tonnen Material transportiert, darunter mehr als 16.000 Kleinwaffen samt Munition (G3, G36, je 8.000 Stück, MG3, Panzerabwehrwaffe MILAN, Panzerfaust 3, P1 sowie über 7 Millionen Schuss Munition und 10.000 Handgranaten), zudem Fahrzeuge, etwa vom Typ Dingo, samt Er-

satzteilen und Ausrüstung sowie militärische Bekleidung.²⁰⁰ Insgesamt wurden im Jahr 2014 also Waffen im Gesamtwert von mehr als 70 Millionen Euro in ein Kriegsgebiet geliefert. Die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung für Unternehmen untersagen solche Lieferungen ausdrücklich (auch wenn die Praxis eine andere ist). Weitere Waffen- und Munitionslieferungen sind im Jahr 2015 durchgeführt worden – wiederum Kleinwaffen und Munition (4.000 G3, 6 Millionen Schuss, MG3, Panzerfaust 3, 10.000 Handgranaten usw.) sowie Dingo-Radpanzer, ABC-Masken, Winterkampfbekleidung und Ersatzteile.²⁰¹ Fast schon stolz verkündete die Bundesregierung, dass die Waffen in dem Kriegsgebiet gegen den IS «erfolgreich zum Einsatz kamen».²⁰² Über den Verbleib der Waffen weiß die Bundesregierung jedoch nichts. Auf die Kritik des Nachrichtenmagazins «Monitor», der zufolge sich die gelieferten Waffen bereits frei im Nordirak verbreiten würden und deshalb zu befürchten sei, dass mit ihnen sogar Menschenrechtsverletzungen begangen worden sein könnten,²⁰³ reagierte die Bundesregierung mit der Verlautbarung, dass die Endverbleibserklärung mit der Regierung der Region Kurdistan-Irak (Peschmerga-Ministerium) ausreiche und alles Weitere nicht mehr zur eigenen Verantwortung zähle.²⁰⁴

Das Mandat für die Ausbildung ist mittlerweile zweimal verlängert worden und bis Anfang 2017 befristet. Die zusätzlichen Kosten belaufen sich für 2015 auf 33,2 Millionen Euro, für 2016 auf 34,9 Millionen Euro.²⁰⁵ Bereits seit 2005, unter anderem im Rahmen der Mission «Bridging Effort», leistete die Bundesregierung den irakischen Streitkräften militärische Ausbildungshilfe. Im Jahr 2015 offerierte Deutschland dem Irak 15 Ausbildungsmaßnahmen, 2016 sollen sie sich auf 36 erhöhen, von denen zehn Maßnahmen ausschließlich für die Region Kurdistan-Irak bestimmt sind. Der Schwerpunkt der Ausbildungen liegt in der Einweisung in die gelieferten Waffensysteme, der

¹⁹³ Vgl. Bundeswehr/PAO EUTM Mali: Kein Einsatz ohne Material – Deutsche Pioniere übergeben Ausrüstungsgegenstände, 2015. ¹⁹⁴ Bundeswehr/PAO EUTM Mali: «Übung macht den Meister» – Wiederholungsausbildung in Mali abgeschlossen, 2015. ¹⁹⁵ Bundeswehr/Boehnke, Matthias: Erfolgreich ausgebildet trotz logistischer Hürden, 2015. ¹⁹⁶ Antrag der Bundesregierung. Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte, 17.12.2014, Drucksache 18/3561. ¹⁹⁷ Leyen, Ursula von der/BMVG: Ministerin von der Leyen im Zeit-Interview: Tabus beiseite legen und offen diskutieren, 2014. ¹⁹⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/4366 – Stand der Ausbildungsmission im Irak, 15.4.2015, Drucksache 18/4652. ¹⁹⁹ Pflüger, Tobias: «Das ist ein Tabubruch in der Außenpolitik», IMI-Standpunkt 44, Tübingen 2014. ²⁰⁰ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/4366 – Stand der Ausbildungsmission im Irak, 15.4.2015, Drucksache 18/4652. ²⁰¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/3828 – Deutsche Unterstützung der kurdischen Autonomieregion im Irak, 13.2.2015, Drucksache 18/4028, Frage 26/27; BMVG Presse- und Informationsstab: Stand der Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe in der Region Kurdistan-Irak, Übersicht der Materiallieferungen in den Irak, 23.7.2015. ²⁰² BMVG: Beschlossene Lieferungen militärischer Ausrüstung an kurdische Regionalregierung im Nordirak komplett abgeschlossen, Pressemitteilung 30, 6.11.2014. ²⁰³ Thörner, Marc/Zeidler, Markus/Jahn, Philipp: Krieg gegen den IS: Wo Deutschlands Waffen wirklich landen, in: Monitor 671, 15.1.2015. ²⁰⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/4366 – Stand der Ausbildungsmission im Irak, 15.4.2015, Drucksache 18/4652. Zur Problematik der Endverbleibserklärungen vgl. Grässlin, Jürgen: Netzwerk des Todes, München 2015, u.a. S. 258. ²⁰⁵ Antrag der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die deutsche Beteiligung an der Internationalen Ausbildungs- und Unterstützungsmission im Nordirak vom 6. Januar 2016, Drucksache 18/7207.

«Führer- und Spezialistenausbildung sowie der medizinischen Weiterbildung».²⁰⁶ Auch in Deutschland wurden allein bis Mitte 2015 über 80 PeshmergakämpferInnen ausgebildet oder medizinisch behandelt.²⁰⁷ Ein besonderes Prestigeprojekt ist das Kurdistan Training Coordination Centre (KTCC), das am 8. Februar 2015 seine Arbeit aufnahm. Mit Deutschland erfolgt auch hier die Ausbildung im Verbund westlicher Staaten wie Großbritannien, Italien und den USA. Deutschland beteiligt sich aktuell mit neun SoldatInnen.²⁰⁸

Die Waffenlieferungen und die Ausbildung der Peshmerga im Nordirak verkörpern wie kein anderer Einsatz die «Merkel-Doktrin». Anders als bei bisherigen Einsätzen steht dabei die Waffenlieferung in ein Kriegsgebiet im Mittelpunkt. Die Ausbildung an der Waffe und in Führungsstäben wird gleich mitgeliefert. Damit gelingt es auch, zukünftige Geschäftsfelder für deutsche Firmen zu bestellen, denn die Waffenlieferungen und die Ausbildungseinsätze sichern ihnen den Zugang zu weiteren Aufträgen des öl- und gasreichen Landes.

Dass die Waffen ohne Bundestagsmandat und quasi vorbei an den (ohnehin kaum wirkungsvollen) Rüstungsexportrichtlinien geliefert wurden, stellt eine neue Qualität deutscher Außen- und Sicherheitspolitik dar. Nicht zuletzt deshalb, weil versucht wird, Waffenlieferungen als Ausdruck der Verantwortungsübernahme zu verkaufen. Auch hier wird für die Öl-, Gas- und Waffengeschäfte von morgen im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen gegangen.

Unterdessen versucht Bernd Siebert, CDU-Abgeordneter und Mitglied des Verteidigungsausschusses, aus der Situation Kapital zu schlagen: Die Ausrüstungshilfe für die KurdInnen «reißt weitere Löcher in den ohnehin knappen Bestand der Streitkräfte bei Munition und Handwaffen». Eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes sei deshalb zwingend erforderlich.²⁰⁹ Ob Ignoranz oder gezielter Schachzug – Siebert lenkt mit solchen Äußerungen vom Faktischen ab: Durch die Bundeswehrtruppenreduzierung im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht hat sich ein neuer, vergrößerter und höchst lukrativer Markt zur Zweitverwertung von Rüstungsgütern aufgetan, auf dem aus Staatshand in alle Welt exportiert wird. Im Jahr 2013 wurden so Güter im Wert von mindestens 54 Millionen Euro umgesetzt.²¹⁰

3.4 MILITÄRISCHE AUSSTATTUNGSHILFE UND RÜSTUNGSEXPORTHILFEN

Ein letztes Feld für deutsche Ertüchtigungseinsätze, das hier betrachtet werden soll, stellen die «Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe» (MAH) beziehungsweise die «bilateralen Jahresprogramme» sowie die Rüstungsexporthilfe durch die Bundeswehr dar. Das Instrument MAH gibt es bereits seit 1962, seine Ausgestaltung findet aber weitgehend ohne Kenntnis der Öffentlichkeit statt – von einzelnen Skandalen abgesehen. Verantwortlich für MAH ist neben dem Verteidigungsministerium auch das Auswärtige Amt:

Das Auswärtige Amt trägt die politische und finanzielle Gesamtverantwortung, es wählt die Empfängerländer aus, schließt Regierungsabkommen ab und stimmt sich mit dem Auswärtigen Ausschuss und dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages ab. Das Bundesministerium der Verteidigung ist für die Durchführung der Länderprogramme verantwortlich, schließt Programmvereinbarungen ab, beschafft Material und Dienstleistungen, entsendet letztlich die Beratergruppen der Bundeswehr und übt die Fachaufsicht über die Projekte aus.»²¹¹

Die Kosten der Ausstattungshilfe sind vergleichsweise niedrig und lagen 1995 zwischen fünf und zehn Millionen D-Mark,²¹² 2008 bei 3,7 Millionen Euro.²¹³ In den jeweiligen Ausstattungszyklen mit unterschiedlichen Schwerpunktländern wurden von 2005 bis 2008 rund 21 Millionen Euro und von 2009 bis 2012 rund 30 Millionen Euro ausgegeben. Die Materiallieferungen werden in der Regel durch die Entsendung von BundeswehrosoldatInnen begleitet, da sich reine Materiallieferungen in den Anfangsjahren «als nicht effektiv» erwiesen hätten.²¹⁴ Die entsandten BeraterInnen der Bundeswehr und ihre Angehörigen genießen faktische Immunität in dem Land, in dem ausgebildet wird.²¹⁵

Die MAH bezieht sich auf Angehörige ausländischer Streitkräfte aus Nicht-Nato- und Nicht-EU-Staaten. Wie allen Ausbildungseinsätzen liegt ihnen die Idee zugrunde, mit dem Export deutscher Militärwerte und deutscher Rüstungsgüter könnten «demokratisch orientierte Streitkräfte in Staaten und Regionen [entwickelt werden], deren Stabilität im deutschen Interesse liegt», die MAH leiste so einen «Beitrag zur Förderung von «Regional Ownership», also der Befähigung zur Übernahme von Eigenverantwortung in den jeweiligen Regionen».²¹⁶ Deutsche Militärkooperation mit EU- oder Nato-Staaten, die eher unter dem Stichwort Kooperation statt Hilfe oder Ertüchtigung laufen, bleiben hier unberücksichtigt.²¹⁷ MAH findet sowohl im jeweiligen Land als auch bei Kursen in Deutschland statt.

²⁰⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/4366 – Stand der Ausbildungsmission im Irak, 15.4.2015, Drucksache 18/4652. ²⁰⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/3828 – Deutsche Unterstützung der kurdischen Autonomieregion im Irak, 13.2.2015, Drucksache 18/4028. ²⁰⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/4366 – Stand der Ausbildungsmission im Irak, 15.4.2015, Drucksache 18/4652. ²⁰⁹ Siebert, Bernd: Mehr Geld für Verteidigung!, in: Europäische Sicherheit & Technik 10/2014, S. 10–12. ²¹⁰ Hegmann, Gerhard: Panzer-Schnäppchenjagd im Bundeswehr-Depot, in: Die Welt, 3.8.2014. ²¹¹ Deutsches Heer/Michelis, Thomas: Deutsche Beratergruppe Tansania: Übergabe des Medical Diagnostic Centre Pemba, 28.4.2015. ²¹² Kastrup, Dieter: Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes – Kleine Frage des Abgeordneten Rudolf Binding, Drucksache 12/8472, 1994, S. 1. ²¹³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, 15.11.2010, Drucksache 17/3783, Frage 1. ²¹⁴ BW/Rottmann, Heiko: Hilfe zur Selbsthilfe mit Material und Know-how, 3.12.2013. ²¹⁵ Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil II Nr. 33, ausgegeben zu Bonn am 22. November 2013, 1537, Bekanntmachung des deutsch-ghanaischen Abkommens über die Grundsätze des Ausstattungshilfeprogramms und die Entsendung einer Beratergruppe der Bundeswehr, Artikel 9 und 10. ²¹⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, 15.11.2010, Drucksache 17/3783, Frage 2. ²¹⁷ Zum Beispiel Griechenland; dafür gibt es eine aktuelle Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Rüstungsexporte nach Griechenland durch das Bundesministerium der Verteidigung, 27.4.2015, Drucksache 18/4770.

In den einschlägigen Bundesweherschulen wie der Führungsakademie der Bundeswehr oder der Offizierschule Dresden wurden so beispielsweise zwischen 2000 und 2010 über 2.000 meist höherrangige Militärangehörige aus über 100 Ländern ausgebildet. Besonders Prestige genießt der internationale Lehrgang für den General- und Admiralstabsdienst (LGAI) an der Führungsakademie der Bundeswehr. «Seit 1962 wurden dort 1.453 internationale Offiziere aus 110 Staaten und 459 deutsche Offiziere ausgebildet.»²¹⁸ Darüber hinaus fanden im Rahmen der MAH zum Beispiel ein Scharfschützenseminar für albanische SoldatInnen statt, ein Militärmusikpraktikum mit malischen SoldatInnen, Deutschkurse für Militärs aus Belarus oder Bosnien-Herzegowina, Fahrschulausbildungen für Militärs aus Dschibuti, Ausbildungen von HubschraubermechanikerInnen aus Usbekistan oder medizinische Ausbildungen für Militärs aus nahezu jedem Land der Welt außerhalb von EU und Nato.²¹⁹

Selbst Militärs aus Ländern, die mit einem Waffenembargo belegt sind, wie etwa Usbekistan, sind zum gemeinsamen Lernen eingeladen.²²⁰ Zwischen 1994 und 2013 wurden auf diesem Wege 176 usbekische Militärs in Deutschland geschult. Der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière befürwortete bei einem Besuch in Taschkent 2013 ausdrücklich diese Praxis.²²¹ Auch vor der Befähigung von Militärs aus Staaten wie Armenien und Aserbaidschan, zwischen denen ernsthafte Spannungen bestehen, wird nicht zurückgeschreckt.²²² In Armenien wurden 2012 beispielsweise 19 Maßnahmen im Rahmen des bilateralen Jahresprogramms und zehn Projekte im Rahmen der MAH durchgeführt.²²³ Darüber hinaus festigte die Zusammenarbeit mit Regimen, die im Zuge des «Arabischen Frühlings» gestürzt wurden, etwa Ägypten, den zweifelhaften Ruf der MAH.²²⁴ Neben dem arabischen Raum bildet Afrika einen besonderen Ertüchtigungsschwerpunkt für die MAH. So ist Deutschland zum Beispiel mit Ruanda durch eine lange Geschichte militärischer Hilfe verbunden, wohlgerne vor dem Völkermord. Bereits Mitte der 1960er Jahre wurde im geringen Maße polizeilich unterstützt,²²⁵ von 1976 bis 1994 auch militärisch.²²⁶ Es zeugt von einer gewissen Ironie der Geschichte, dass die heutige Politik der Ertüchtigung in manchen Fällen auch mit dem Genozid in Ruanda gerechtfertigt wird. Dabei steht außer Frage, dass es auch die Politik der Ertüchtigung gewesen ist, die schon lange vor 1994 die Verbrechen wenn nicht verursachte, so doch zumindest förderte.

In Nigeria werden, trotz des militärischen Konflikts um Boko Haram, zwischen 2013 und 2016 rund 1,6 Millionen Euro für militärische Projekte fließen, insbesondere für das Armed Forces Electrical and Mechanical Engineering (AFEME) und das Nigerian Army Peacekeeping Centre (NAKPC) in Jaji.²²⁷ Nigeria ist bereits seit mindestens 2007 ein Schwerpunktland der Zusammenarbeit. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage schlüsselte die Bundesregierung die Einzelausgaben für die Jahre 2007 bis 2010 für die

Schwerpunktländer einzeln auf. Für Nigeria wurden in diesem Zeitraum knapp 1,5 Millionen Euro ausgegeben, für Mali beispielsweise 6,5 Millionen Euro und für Ghana 4,5 Millionen Euro. In den Einzelaufstellungen finden sich auch zahlreiche Erwerbungen für die Partnerländer von VW, MAN, EADS sowie Ausgaben für «Peacekeeping»-Schulen, beispielsweise für das KAIPTC.²²⁸

Wie dabei sinnvoll Rechenschaft über die zahlreichen Ausgaben abgelegt werden kann und Ungereimtheiten bei den Freihandvergaben aufgedeckt werden sollen, ist fragwürdig. Auch eine effektive parlamentarische Kontrolle ist bei der MAH selbst nach Auskunft einer Parlamentarierin so gut wie unmöglich.²²⁹ In Ghana (6), Senegal (5), Namibia (7),²³⁰ Tansania (8), Nigeria (4), Dschibuti (2) und Äthiopien (7) waren – neben den gegebenenfalls bereits vertretenen zwei Militärattachés – insgesamt zusätzliche 39 BundeswehrosoldatInnen im Zeitraum von 2009 bis 2014 aktiv.²³¹ Für einige dieser Länder wie Äthiopien oder Ghana sind bereits Nachfolgevereinbarungen bis 2017 unterzeichnet.²³²

In die Schlagzeilen schaffte es der Fall Guinea: Der militärische Staatsstreich von Moussa Dadis Camara im Dezember 2008 wurde dabei unter anderem als «deutscher Putsch» bezeichnet, da Camaras Markenzeichen ein rotes Barett der deutschen Fallschirmjäger war und die gemeinsamen Deutschkenntnisse bei der Putschvorbereitung wohl als Geheimsprache halfen. Camara wurde wie weitere Putschisten im Zuge der MAH in Deutschland ertüchtigt und machte sich zahlreicher Menschenrechtsverletzungen schuldig. Dessen ungeachtet wurden bis ins Jahr 2011 weiter Militärs aus Guinea ausgebildet. Die Zahlung von Entwicklungshilfegeldern wurde hingegen 2009 eingestellt, um Druck auf das Regime auszuüben, nachdem der in Frankreich ertüchtigte Sékouba Konaté geputscht hatte.²³³

218 Kritische Online-AG «Neue Kriege»: Massaker in Guinea – Sieht so deutscher «Stabilitätsexport» aus?, 2009. **219** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, 15.11.2010, Drucksache 17/3783, Anlage 5. **220** Benschmann, Marcus: Deutsche Soldaten unterstützen trotz EU-Waffen-Embargo usbekischen Diktator, unter: ruhrbarone.de, 2010. **221** BMVg/Aschert, Andreas: Minister zu Besuch in Taschkent, 3.12.2013. **222** Dagdelen: Gewaltexport in den Globalen Süden, S. 8. **223** Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Eriwan: Militärische Kooperation zwischen Deutschland und Armenien, 2012. **224** Marischka, Christoph/Schürkes, Jonna: Deutsche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe in Ägypten, IMI-Standpunkt 8, Tübingen 2011. **225** US-Office of Public Safety/Agency for International Development: Police Survey Mission to the Republic of Rwanda Washington D.C., Mai 1964, S. 4, 19. **226** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage «Krisenprävention und Konfliktbearbeitung 20 Jahre nach dem Völkermord in Ruanda» der Fraktion DIE LINKE, 7.5.2014, Drucksache 18/1361, S. 17. **227** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Menschenrechte und politische Situation in Nigeria, 29.12.2014, Drucksache 18/3664, Frage 11. **228** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, 15.11.2010, Drucksache 17/3783, Anlage 10. **229** Dagdelen: Gewaltexport in den Globalen Süden. **230** Zur langjährigen Ertüchtigung Namibias vgl. Friedrich, Rudi: Namibia: Ausstattungshilfe der Bundeswehr, in: Connection e.V. (Hrsg.): Broschüre Waffenexporte ins südliche Afrika. Ein Geschäft mit dem Tod, Offenbach 2011. **231** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2. **232** Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil II Nr. 33, ausgegeben zu Bonn am 22. November 2013, 1531: Bekanntmachung der deutsch-äthiopischen Vereinbarung über das Ausstattungshilfeprogramm für ausländische Streitkräfte. **233** Heidelberger, Martin: Die Welt zu Gast bei der Bundeswehr, in: Deutsche Welle, 4.3.2010.

Ein weiteres fragwürdiges Kapitel der zahlreichen Erüchtigungsmaßnahmen, die ohne parlamentarische Kontrolle stattfinden, sind direkte Rüstungsexport-hilfen durch die Bundeswehr. Diese können sowohl nach Rüstungsverkäufen als technischer Support für die Unternehmen oder bereits bei der Anbahnung von Exporten zur Produktdemonstration erfolgen. Der tatsächliche Umfang solcher Maßnahmen ist vermutlich selbst im Verteidigungsministerium nicht bekannt. Einige Beispiele sollen hier jedoch die Verbreitung dieser Praxis erläutern:

Im Jahr 2011 unterstützten fünf SoldatInnen der Bundeswehr in Brasilien ein Vergleichsschießen mit dem Panzer Gepard.²³⁴ Zwei Jahre später erfolgte offiziell der Kauf von diesen gebrauchten Flugabwehrge-schützen.²³⁵ Zwischen 2010 und 2012 waren mehrere BundeswehrsoldatInnen in Saudi-Arabien, Katar und den VAE unterwegs, um den Panzer Leopard 2 im Auf-trag des Herstellers vorzuführen. 2010 und 2011 wa-ren zudem je drei deutsche SoldatInnen in Saudi-Ara-bien im Einsatz, um die Erstausbildung an der Drohne LUNA durchzuführen. Zwischen 2012 und 2013 un-terstützten ebenfalls in Saudi-Arabien sechs Bundes-

wehrsoldatInnen die Erkundung und Errichtung eines Gefechtsübungszentrums nach dem Vorbild des von Rheinmetall betriebenen Gefechtsübungszentrums in der Colbitz-Letzlinger Heide.²³⁶ Die Lieferung wurde aufgrund der politischen Spannung vorerst auf Eis ge-legt.

Besonders umfangreich fällt die Rüstungsexport-hilfe durch die Bundeswehr für Algerien aus. Algerien hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Großab-nehmer deutscher Rüstungsexporte gemausert, trotz der schwierigen Menschenrechtslage im Land. 2012 genehmigte das Bundeskabinett den Bau einer Fa-brik von Fuchs-Radpanzern durch Rheinmetall in Al-gerien, die Errichtung einer Grenzschutzanlage durch EADS beziehungsweise Airbus und den Verkauf von zwei Fregatten samt Bordhubschraubern im Wert von über 400 Millionen Euro an die Regierung in Algier. Die Bundeswehr übernimmt dabei die Ausbildung auf den Fregatten, sowohl in Deutschland als auch an Bord.²³⁷ Ausbildung wird so zu einer Handelsware im Geschäft um Rüstung und Wartung – das steigert den Profit deutscher Rüstungskonzerne.

234 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.05.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2. **235** Spiegel Online/als/dpa/Reuters/AFP: Vorbereitung auf Anschläge: Brasilien kauft deutsche Panzer für Fußball-WM, 12.4.2013; vgl. Grässlin: Netzwerk des Todes, S. 302 f. **236** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2. **237** Friedrichs, Hauke: Gute Geschäfte dank der Merkel-Doktrin, in: Die Zeit, 28.3.2013.

4 DIE PROBLEME DER ERTÜCHTIGUNG UND POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der vorliegende Text ist der Frage nachgegangen, was das Problem an der Politik der militärischen Ertüchtigung ist, welche Wurzeln ihr zugrunde liegen, in welchem internationalen Umfeld sie stattfindet und wie Deutschland diese Politik betreibt. Dabei wurde Wert darauf gelegt, zuerst anzuschauen, welche Bedeutung Training für das Militär hat, und erst im Anschluss zu untersuchen, wie in Deutschland diese Politik vorangetrieben wird.

Ertüchtigung als Ausbeutung

Militärische Ertüchtigung stellt ein Ausbeutungsverhältnis dar, das auf sozioökonomischen Zwängen und militärischer Gehorsamsproduktions basiert und entdemokratisiert beziehungsweise jede Demokratisierung verhindert. Das Ausbeutungsverhältnis ist dabei ein mehrschichtiges, bei dem – wie für Afghanistan gezeigt – die ertüchtigenden SoldatInnen ebenso wie die Ertüchtigten «erster Ordnung» (etwa mongolische Hilfstruppen) und «zweiter Ordnung» (afghanisches Militär) ausgebeutet werden. Die Befähigten «zweiter Ordnung» sind dabei allerdings nicht nur als Opfer zu verstehen, da sie – genauso wie die beiden anderen Gruppen – das Gewalt- und Machtpotenzial, mit dem sie ausgestattet sind, auch gegen die zivile Bevölkerung zum Zwecke der Ausbeutung richten können. Ertüchtigung ist dabei – angelehnt an Gayatri Chakravorty Spivak – eine «befähigende Verletzung»,²³⁸ die nicht nur die Ertüchtigten verletzt, das heißt ausbeutet, sondern ihnen auch die Befähigung zur Ausbeutung verleiht. Da im Grunde alle SoldatInnen in ihren sozioökonomischen Kontexten ertüchtigt wurden, stellt die Politik der Ertüchtigung in Drittstaaten eine Dynamisierung dieser Verhältnisse dar und kann deshalb als eine Art Globalisierung dieser Form von Ausbeutung verstanden werden.

«Fair-Fight-Soldier» und die Utopie der Gewalt

Gibt es eine Form der Ertüchtigung, die ohne Ausbeutung auskommt, sprich: Kann es «Fair-Fight-Soldiers» geben, die vermeintlich mehr Gutes tun, als Schaden anrichten, – auch innerhalb des Systems globaler Gewalt und sozioökonomischer Ungleichheiten?

Die Ideen von «Statebuilding» und noch stärker von «Ownership» sollen, wie an den Beispielen gezeigt, Machtausübung regional verorten, die Exportierenden waschen ihre Hände in Unschuld. Die Vorstellung eines «sauberen Gewaltexports» etabliert die Fiktion einer «Geschäftsbeziehung», die vorgibt, koloniale Ausbeutungsverhältnisse nicht zu reproduzieren. Auf diesem ideologischen Untergrund soll die Politik der Ertüchtigung gedeihen. «Statebuilding» und «Ownership» basieren auf der Vorstellung, dass die Etablierung staatlicher Gewaltorganisationen wie des Militärs eine Gesellschaft stabilisieren könne. «Ownership» ist

die liberale Hybris, die die Ertüchtigungspolitik in breiten gesellschaftlichen Schichten politikfähig gemacht hat. Das Konzept der «Ownership» muss jedoch aufgrund des «regionalen Herkunftsverweises» als Fiktion verstanden werden. Es propagiert die Vorstellung, gute SoldatInnen für einen sauberen Krieg kaufen zu können.

Der «Fair-Fight-Soldier» bleibt so der Strohalm der Geschichte, an dem sich all jene festhalten, die glauben, das Gewaltsystem Militär reformieren oder hinreichend kontrollieren zu können. Sie vergessen dabei, dass jede Veränderung, jeder vermeintliche Fortschritt durch militärische Cliques- und Elitenbildung unterlaufen wird, da eben jenen Eliten daran gelegen ist, ihr militärisches Machtssystem aufrechtzuerhalten oder auszubauen.

Nie ging es bei Ertüchtigung tatsächlich darum, die Sicherheitskräfte unter die Kontrolle der Bevölkerung zu bringen (insbesondere nicht durch einen Ausbau der asymmetrischen Gewaltverhältnisse zwischen Bevölkerung und Militär), sondern um eine Unterstellung unter die «Internationale Gemeinschaft»,²³⁹ die selbst über die Institution der Vereinten Nationen Ertüchtigung zum Leitbild internationalen militärischen Engagements erhebt. Die Welt wird dabei zum Übungs- und Zurichtungsplatz des Militärs – das aufgebaute Netz aus Stützpunkten und Militärschulen sowie die großen Militärübungen sind dafür die Transmissionsriemen.

Militärische Gewöhnung und verharmloste Aufrüstung

Auch aufgrund des zunehmenden Einflusses militärischer Eliten, die – in vielen Ländern offen, in Deutschland eher verdeckt – auf die Politik einwirken (Beispiel: Schweiz und Josef Ackermann),²⁴⁰ hat sich eine Dynamik des Exports der militärischen Lebensform entwickelt. Wie die Untersuchung relevanter sicherheitspolitischer Dokumente für Deutschland zeigt, wurde so die Idee der Ertüchtigung in einer Vielzahl von Dokumenten etabliert und ist im Zuge der neuen «Verantwortungsrhetorik» zu einem zentralen Instrument deutscher Außenpolitik erhoben worden.

Direkte Folge dieser Politik ist die Normalisierung des Militärischen in der Außenpolitik – unterhalb der Kriegsschwelle. Der Parlamentsvorbehalt greift hier nur sehr bedingt, was dazu führt, dass sich diese Einsätze der öffentlichen Debatte und parlamentarischen Kontrolle weitgehend entziehen. Die Kompetenzen werden immer mehr hin zur Exekutive verlagert, genau

²³⁸ In Anlehnung an Spivak, Gayatri Chakravorty: *Feminism and Human Rights*, in: Shaikh, Nermeen (Hrsg.): *The Present as History. Critical Perspectives on Contemporary Global Power*, New York 2008, S. 172–201, hier: S. 176. ²³⁹ Schürkes, Jonna: *Staaten bauen heißt die Bevölkerung kontrollieren*, IMI-Studie 7, Tübingen 2011. ²⁴⁰ Leyendecker, Hans: *Ackermanns Kamerad*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.5.2010.

genommen lagen sie nie beim Parlament.²⁴¹ Der Vorstoß, den Parlamentsvorbehalt noch weiter zu schleifen, etwa um eine schnelle Eingriffsfähigkeit zu gewährleisten, ist darin nur die konsequente Fortsetzung der Ausdehnung militärischer Lebensformen, die an den Schranken der Gewaltanwendung rüttelt.

Der Bericht der Ruhe-Kommission, der Mitte Juni 2015 übergeben wurde, enthält hier bereits konkrete Vorschläge, wie künftig über eine Neufassung des «Einsatz»-Begriffs insbesondere Ausbildungseinsätze vollständig dem parlamentarischen Vorbehalt entzogen werden sollen. Das Kriterium «gefährliches Umfeld» reicht dann nicht mehr aus, vielmehr müssen bewaffnete Auseinandersetzungen «konkret» zu erwarten sein.²⁴² Vor dem Hintergrund der «zunehmenden Bedeutung dieses Einsatztyps, der gerade im Bereich der EU auch in Zukunft ein wichtiger sicherheitspolitischer Baustein sein wird»,²⁴³ sollen Ausbildungsmissionen durch eine gesetzliche Änderung des Paragraphen 2 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes (ParIBG) dem Blickfeld des Parlaments entzogen werden.

Als wichtiges Argument gegen die Politik der Ertüchtigung muss ganz nüchtern auch die weltweite Aufrüstung ins Feld geführt werden. Ertüchtigung entzündet eine Aufrüstungsdynamik, die für die Kriege von morgen mitverantwortlich ist und die Voraussetzungen für deren Fortsetzung schafft: Die Kriege von morgen werden, wie die Situation in Libyen und Mali, die Mudshaheddin in Afghanistan oder Moussa Dadis Camara in Guinea eindrücklich zeigen, dazu führen, dass neue Ertüchtigungseinsätze stattfinden, dass militärische Strukturen wieder neu aufgebaut werden, dass aufgerüstet wird, dass die Kriege von morgen vorbereitet werden, so Ertüchtigung nicht schon im Kriegsumfeld selbst stattfindet. Die Probleme einer Politik der Ertüchtigung sind hier am offensichtlichsten: Auf längere Sicht wird sie nicht zur Verringerung von Gewalt beitragen (wie sie es auch bisher nicht getan hat), sondern die zukünftigen Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Genozide fördern. Die Hoffnung, dass die aktuellen Ertüchtigungsmissionen der Bundeswehr in Mali oder im Irak zu einem langfristigen Frieden beitragen, dürfte sich deswegen rasch zerschlagen. Erste Berichte über die unkontrollierte Weitergabe der in den Nordirak gelieferten Waffen sind dafür erste Indizien. Ertüchtigung bedeutet in letzter Konsequenz Aufrüstung und Vorbereitung auf den nächsten Krieg.

Geschäfte durch die Hintertür

Die Waffenlieferungen und Geschäftsanbahnungen durch die Hintertür sind ein weiteres Problem. Der mit der Ertüchtigung verbundene Rüstungsexport dient, wie gezeigt, nicht selten als Türöffner zu lokalen Rüstungsmärkten.²⁴⁴ Durch die Ausbildungsmissionen werden sowohl Trainings- als auch Rüstungsstandards in den jeweiligen Ländern geschaffen. Standards und Waffen, die in die Rüstungswelt der Nato einführen sollen. Deutsche Waffenausbildung ist schlicht mit höheren Chancen auf künftige deutsche Waffengeschäf-

te verbunden – alleine schon aufgrund der geschaffenen Waffen- und Trainingsstandards. Interoperabilität ist hierfür der Terminus technicus. Der Rüstungsmarkt von gebrauchten Militärgütern der Bundeswehr steht zu der Schaffung von Interoperabilität nicht im Widerspruch, die gebrauchten Militärgüter sind eher als «interoperabile Einstiegsdroge» zu verstehen. Im Zweifel wird auch auf BundeswehrsoldatInnen für die Werbeauftritte von Rüstungsfirmen zurückgegriffen.

Ein Kapitel, das für Deutschland jedoch bisher kaum relevant ist, aber in den USA bereits aufgeschlagen wurde, ist die Auslagerung von Trainingsmaßnahmen an Rüstungsfirmen und dem dazugehörigen Marktzugang.²⁴⁵ Die Bundeswehr lässt nur eigene SoldatInnen durch private Firmen ausbilden, wie etwa in dem von Rheinmetall betriebenen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) bei Magdeburg und durch die Herstellerfirma des Drohnensystems «Heron» Israel Aerospace Industries (IAI). Eine Beauftragung von privaten Unternehmen für die Ausbildung ausländischer Streitkräfte im Auftrag des Staates gibt es in Deutschland im Unterschied zu den USA bislang noch nicht.

Politische Schlussfolgerungen

Aus der Analyse der Idee und Praxis militärischer Ertüchtigung ergeben sich drei wichtige politische Schlussfolgerungen:

Ertüchtigung lässt sich nicht auf das rein Technische, also die Ausbildung von Menschen im Umgang mit Waffentechnik reduzieren. Aber auch die Kritik, dass Ertüchtigung der Durchsetzung imperialistischer Interessen dient, indem beispielsweise der «Westen» die Drecksarbeit durch die Ertüchtigten machen lässt, greift zu kurz und wird der Dynamik von Ertüchtigung nur zum Teil gerecht. Ich schlage daher vor, Ertüchtigung zusätzlich auch als Ausbeutungsverhältnis zu verstehen, bei dem die sozioökonomische Notlage von Menschen ausgenutzt wird und letztere unverhältnismäßigen Risiken ausgesetzt werden.

Zweitens ist es entscheidend, die ideologischen Fundamente freizulegen, die der Idee von Ertüchtigung zugrunde liegen. Militärische Ertüchtigung bedeutet Zurichtung. Vorstellungen von «Ownership» oder «Fair-Fight-Soldiers» sind Konzepte, die diesen Zusammenhang verschleiern. Nur mit größten Anstrengungen kann es dem Individuum gelingen, sich dem Institut militärischer Gewalt zu entziehen, zu ausgefeilt sind die Zurichtungsmechanismen, um Abweichung zu unterbinden. Deshalb muss es gelingen, verstärkt widerständige Praxen von SoldatInnen sichtbar zu machen, die die Flucht vor der Fahne gewählt haben.

Drittens schließlich ist politisch darauf hinzuwirken, den Einfluss des Militärs in Politik und Gesellschaft zu-

²⁴¹ Reinecke, Stefan: Die verschärfte Merkel-Doktrin, in: die tageszeitung, 1.9.2014. ²⁴² Unterrichtung durch die Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Abschlussbericht der Kommission, 16.6.2015, Drucksache 18/5000, S. 36. ²⁴³ Ebd. ²⁴⁴ Vgl.: Mickan: Die UN und der neue Militarismus, S. 38. ²⁴⁵ Ebd., S. 37.

rückzudrängen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Schaffung von Transparenz im Dickicht von Ertüchtigung und der damit verbundenen Rüstungsexporte. Solange es politisch nicht gelingt, hier für Klarheit zu sorgen, kann das wahre Ausmaß der Ertüchtigung

nicht überblickt und folglich weder kritisiert, skandalisiert noch bekämpft werden. Da Ertüchtigung Aufrüstung für den nächsten Krieg bedeutet, ist es politisch nur konsequent zu fordern, die Politik der militärischen Ertüchtigung sofort zu beenden.

LITERATUR

A

African Union Commission: Strategic Headquarters Training Session of the AMANI AFRICA II Field Training Exercise Opens in Harare, 4.11.2014.

Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31.7.2007 und folgender Resolutionen, zuletzt 2173 (2014) vom 27.8.2014, Drucksache 18/3006.

Antrag der Bundesregierung. Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support Mission für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte in Afghanistan, 19.11.2014, Drucksache 18/3246.

Antrag der Bundesregierung. Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte, 17.12.2014, Drucksache 18/3561.

Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali), 28.1.2015, Drucksache 18/3836.

Antrag der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die deutsche Beteiligung an der Internationalen Ausbildungs- und Unterstützungsmission im Nordirak vom 6.1.2016, Drucksache 18/7207.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN: Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für ausländische Sicherheitskräfte, 7.11.1984, Drucksache 10/2263.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN: Militärische Zusammenarbeit mit Zaire, 28.3.1985, Drucksache 10/3110.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, 15.11.2010, Drucksache 17/3783.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, 22.2.2010, Drucksache 17/766.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung 20 Jahre nach dem Völkermord in Ruanda, 7.5.2014, Drucksache 18/1361.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aktuelle Situation in der Zentralafrikanischen Republik, 9.5.2014, Drucksache 18/1383.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auslandsaufenthalte der Bundeswehr ohne Mandat des Deutschen Bundestages, 12.5.2014, Drucksache 18/1410, Anlage 2.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Die Rolle des Africom-Commands und der US-Militärbasis in Ramstein für US-Drohnenangriffe, 8.10.2014, Drucksache 18/2794.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Menschenrechte und politische Situation in Nigeria, 29.12.2014, Drucksache 18/3664.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: viertes Quartal 2014), 9.2.2015, Drucksache 18/3979.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/3828 – Deutsche Unterstützung der kurdischen Autonomieregion im Irak, 13.2.2015, Drucksache 18/4028.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/4366 – Stand der Ausbildungsmission im Irak, 15.4.2015, Drucksache 18/4652.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Krisenprävention und Rüstungsexporte, 15.4.2015, Drucksache 18/4626, Anlage 1.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Rüstungsexporte nach Griechenland durch das Bundesministerium der Verteidigung, 27.4.2015, Drucksache 18/4770.

Auswärtiges Amt: Abschlussbericht Review 2014, Berlin 2015.

B

Baumann, Ludwig: Niemals gegen das Gewissen, Freiburg 2014.

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale, 5.3.2015, Drucksache 18/4270.

Bernhold, Christin: Die «neue» Afrika-Politik der BRD. «Chancenkontinent» deutscher Wirtschafts- und Machtpolitik, IMI-Analyse 20, Tübingen 2014.

Bernhold, Christin: Die «neue» Afrika-Politik der BRD, IMI-Analyse 6b, Tübingen 2015.

Bensmann, Marcus: Deutsche Soldaten unterstützten trotz EU-Waffen-Embargo usbekischen Diktator, unter: ruhrbarone.de, 2010.

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 18/3246 – Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support Mission für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte in Afghanistan, 17.12.2014, Drucksache 18/3583.

- Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses** (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 18/3836 – Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali), 25.2.2015, Drucksache 18/4109.
- BICC:** Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Länderportrait Vereinigte Arabische Emirate, Juni 2011.
- Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Florian P.:** Illusion Statebuilding, Hamburg 2010.
- Bonacker, Thorsten/Distler, Werner:** Das Militär im Statebuilding aus interventionssoziologischer Perspektive, in: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Militärsoziologie – Eine Einführung, Wiesbaden 2012, S. 158–173.
- Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Eriwan:** Militärische Kooperation zwischen Deutschland und Armenien, 2012.
- Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil II Nr. 33, ausgegeben zu Bonn am 22. November 2013, 1537:** Bekanntmachung des deutsch-ghanaischen Abkommens über die Grundsätze des Ausstattungshilfeprogramms und die Entsendung einer Beratergruppe der Bundeswehr, Artikel 9 und 10.
- Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil II Nr. 33, ausgegeben zu Bonn am 22. November 2013, 1531:** Bekanntmachung der deutsch-äthiopischen Vereinbarung über das Ausstattungshilfeprogramm für ausländische Streitkräfte.
- Bundesministerium der Verteidigung:** Weißbuch 2006, Berlin 2006.
- Bundesministerium der Verteidigung:** Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin 2011.
- Bundesministerium der Verteidigung:** Konzeption der Bundeswehr, erlassen am 1.7.2013 von Thomas de Maizière, Berlin 2013.
- BMVg:** Beschlossene Lieferungen militärischer Ausrüstung an kurdische Regionalregierung im Nordirak komplett abgeschlossen, Pressemitteilung 30, 6.11.2014.
- BMVg/Aschert, Andreas:** Minister zu Besuch in Taschkent, 3.12.2013.
- BMVg/Pauli, Heiko:** EUSEC: Eine europäische Mission im Kongo, 3.12.2013.
- BMVg Presse- und Informationsstab:** Stand der Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe in der Region Kurdistan-Irak, Übersicht der Materiallieferungen in den Irak, 23.7.2015.
- Bundesheer/Messner, Peter/Jung, Volker:** OMLT – mit afghanischen Soldaten draußen unterwegs, 2014.
- Bundeswehr:** Demokratische Republik Kongo – EUSEC RD Congo, 30.9.2014.
- Bundesregierung:** Aktionsplan «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung», Berlin 2004.
- Bundesregierung:** Fortschrittsbericht Afghanistan November 2014, Berlin 2014.
- Bundesregierung:** Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung», Berichtszeitraum: Juni 2010–Mai 2014, Berlin 2014.
- Bundesregierung:** Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung, 21.5.2014.
- Bundeswehr/Bötel, Frank:** Details der Ausbildungsunterstützung, 3.12.2013.
- Bundeswehr/Pieta, Withold/Bötel, Frank:** «Genau der richtige Ansatz», 3.12.2013.
- Bundeswehr/Pieta, Withold/Bötel, Frank:** Doppelter Brückenschlag in der Wüste, 3.12.2013.
- Bundeswehr/Lehmann, Robert:** Nordafghanistan: Neue Struktur der deutschen Einsatzkräfte, 2013.
- Bundeswehr/Rottmann, Heiko:** Hilfe zur Selbsthilfe mit Material und Know-how, 3.12.2013.
- Bundeswehr/Heer:** Geschichte des Pionierregiments 100, 5.5.2014.
- Bundeswehr/Autorenteam Deutsche Anteile EUTM Somalia:** EUTM Somalia: Ausbildungserfolge werden sichtbar, 26.3.2015.
- Bundeswehr/PAO EUTM Mali:** Kein Einsatz ohne Material – Deutsche Pioniere übergeben Ausrüstungsgegenstände, 2015.
- Bundeswehr/PAO EUTM Mali:** «Übung macht den Meister» – Wiederholungsausbildung in Mali abgeschlossen, 2015.
- Bundeswehr/Boehnke, Matthias:** Erfolgreich ausgebildet trotz logistischer Hürden, 2015.
- Bundeswehr/Raebel, Florian:** Letzter deutscher Soldat verlässt Kinshasa – Ende der deutschen militärischen Beteiligung in der Demokratischen Republik Kongo, 27.1.2015.
- Bundeswehr/Bötel, Frank:** Resolute Support: Die ISAF-Folgemission, 8.5.2015.

C

- Chauvistré, Eric:** Beraten statt kämpfen in Afghanistan, in: Deutschlandfunk, 27.9.2014.
- Chomsky, Noam:** A New Generation Draws the Line – Humanitarian Intervention and the «Responsibility to Protect» Today, aktualisierte und erweiterte Aufl., Boulder/Colorado 2011.
- Cunliffe, Philip:** A Dangerous Duty: Power, Paternalism and the Global «Duty of Care», in: ders. (Hrsg.): Critical Perspectives on the Responsibility to Protect. London – Interrogating Theory and Practice, Abingdon 2011.

D

- Dagdelen, Sevim:** Gewaltexport in den Globalen Süden - Polizeiliche und militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe durch Deutschland und die EU. Broschüre DIE LINKE, 2013.
- Dean, Sidney E.:** USA bauen afrikanische Antiterrorereinheiten auf, in: Europäische Sicherheit & Technik 7/2014.
- Denk-MAL-Prora:** Herkunft der Offiziersanwärter und Struktur der Schule, Prora 2014.
- Des Forges, Alison:** Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda, Hamburg 2002.

Deutsches Generalkonsulat Dubai: Die Geschichte der Strategischen Partnerschaft, Onlineportal.

Deutsches Heer/Michelis, Thomas: Deutsche Beratergruppe Tansania: Übergabe des Medical Diagnostic Centre Pemba, 28.4.2015.

Dpa/AP/AFP/mhi: USA beginnen mit Ausbildung ukrainischer Soldaten, in: Zeit Online, 20.4.2015.

Dreazen, Yochi J.: The U.S. Spends \$14K per Afghan Troop per Year, but Each Earns \$1,872, in: The Atlantic, 16.4.2012.

Drechsel, Alexander: Bundeswehr betritt in Afrika bekanntes Terrain, in: Deutsche Welle, 7.3.2014.

Eckhard, Steffen/Rotmann, Philipp: Ungenutztes Potenzial: für eine politische Strategie beim Einsatz von Polizei in den Friedenseinsätzen der EU, in: Friedensgutachten 2014, Münster 2014, S. 114–125.

E

Europäisches Parlament: Bericht über die Finanzierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (2014/2258(INI)), A8-0136/2015, 21.4.2015.

European Union External Action (EEAS) Security and Defense/CSDP: Amani Africa II Cycle; eeas.europe.eu. European Union External Action (EEAS) Security and Defense/CSDP: EU support to African capabilities; eeas.europe.eu.

Euskirchen, Markus: Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstrumentes, Köln 2005.

Fassin, Didier: Heart of Humaneness – The Moral Economy of Humanitarian Interventions, in: ders./ Pandolfi, Marielle (Hrsg.): Contemporary States of Emergency – The Politics of Military and Humanitarian Interventions, New York 2010, S. 269–294.

F

Feinstein, Andrew: The Shadow World. Inside the global arms trade, London 2011, S. 395–431.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan, 18.11.2015, Drucksache 18/6743.

Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Frankfurt a. M. 1981.

Frenzel, Markus/Schmidt, Michael: Die Afghanistan Connection, Filmbeitrag, 2014, unter: www.afghanistancorrelation.de/.

Friedrich, Rudi: Namibia: Ausstattungshilfe der Bundeswehr, in: Connection e.V. (Hrsg.): Broschüre Waffenexporte ins südliche Afrika: Ein Geschäft mit dem Tod, Offenbach 2011.

Friedrichs, Hauke: Gute Geschäfte dank der Merkel-Doktrin, in: Die Zeit, 28.3.2013.

Fuchs, Christian/Goetz, John: Geheimer Krieg, Reinbek bei Hamburg 2013.

G

Gante, Harald, in: Chauvistré, Eric: Beraten statt kämpfen in Afghanistan, in: Deutschlandfunk, 27.9.2014.

Gebauer, Matthias: «Leopard 2»: Bundeswehr unterstützt Schießtraining in Saudi-Arabien, in: Spiegel Online, 5.7.2012.

Gefährliche See vor Lagos, in: Y-Magazin 06/07 2014.

Geis, Anna: Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen, HSK-Standpunkt 2/2005.

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat: Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung, Brüssel, den 28.4.2015 JOIN(2015) 17 final.

GIZ: Unterstützung des Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC), 2015.

Gräfe, Sebastian: Afrikanische Sicherheit: Hier wird ein Luftschloss gebaut, in: IPG Internationale Politik und Gesellschaft, 5.3.2015.

Grässlin, Jürgen: Netzwerk des Todes, München 2015. Heidelberger, Martin: Die Welt zu Gast bei der Bundeswehr, in: Deutsche Welle, 4.3.2010.

H

Henken, Lühr: IPPNW-Body Count, Opferzahlen nach 10 Jahren «Krieg gegen den Terror», 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, Oktober 2014.

Henken, Lühr: Militärische «Lehren» aus Afghanistan?, in: Deutschland: Wi(e)der die Großmacht, Broschüre der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen 2015, S. 47–50.

Hegmann, Gerhard: Panzer-Schnäppchenjagd im Bundeswehr-Depot, in: Die Welt, 3.8.2014.

J

Jiri, Dorcas: African Standby Force gets \$22 million boost, in: The Herald, 7.11.2014.

K

Kastrup, Dieter: Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes – Kleine Frage des Abgeordneten Rudolf Binding, Drucksache 12/8472, 1994.

Klaffus, Gerhard: 25 Jahre Deutsch-Französische Zusammenarbeit, in: Europäische Sicherheit & Technik 10/2014, S. 30–34.

Klos, Dietmar: Deutsche Landstreitkräfte im Afghanistaneseinsatz, in: Europäische Sicherheit & Technik 12/2014, S. 32–33.

Knuf, Thorsten: Die Merkel-Doktrin, in: Frankfurter Rundschau, 1.8.2012.

Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC): KAIPTC Core Training Courses, 2013.

Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC): Key Training Staff, 2015.

Kritische Online-AG «Neue Kriege»: Massaker in Guinea – Sieht so deutscher «Stabilitätsexport» aus?, 2009.

Kuzmarov, Jeremy: Modernizing Repression, Amherst 2012.

Kwibuka, Eugene: Rwanda: Can U.S. Peacekeeping Fund End Africa's Endemic Wars?, *Allafrica.com*, 8.8.2014.

L

Ladwig III, Walter: The New FM 3-24: What Happens When the Host Nation Is the Problem?, in: *Defense in Depth*, Council on Foreign Relations, 10.6.2014.

Lamb, Robert D.: Is Revised COIN Manual Backed by Political Will? Center for Strategic and International Studies, 2014.

Law, Brenda: Saudi Arabia War Course provides first opportunity to learn about AFRICOM, Pressemitteilung US-AFRICOM, 17.4.2015.

Leijenaar, Annette: Africa Can Solve Its Own Problems With Proper Planning and Full Implementation of the African Standby Force, Institute for Security Studies, Pretoria, 21.1.2014, *issafrica.org*.

Leyendecker, Hans: Ackermanns Kamerad, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.5.2010.

Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Sicherheit oder Aufrüstung? Europäisch-afrikanische Militärkooperation, Broschüre GUE/NGL, Tübingen 2011.

Löwenstein, Stephan: Bundeswehr will irakische Armee «stabilisieren», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.4.2005.

M

Marine: Opening Ceremony für Obangame Express 2015, 24.3.2015.

Martinez, Luis: 13,000 Afghan Security Forces Killed in Last Three Years, in: *ABCNews*, 14.8.2015.

Major, Claudia/Mölling, Christian/Vorrath, Judith: Bewaffnen + Befähigen = Befrieden? Für Stabilisierung ist mehr nötig als Ausbildung und Gerät, *SWP-Aktuell A 74/2014*.

Mamdani, Mahmood: *Blinde Retter*, Hamburg 2010.

Marischka, Christoph: Deutsche Beteiligung an zweifelhaften EU-Missionen in der Demokratischen Republik Kongo, *IMI-Analyse 26*, Tübingen 2011.

Marischka, Christoph/Schürkes, Jonna: Deutsche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe in Ägypten, *IMI-Standpunkt 8*, Tübingen 2011.

Marischka, Christoph: US-AfriCom und KSK seit Jahren in Mali aktiv, in: *Telepolis*, 1.7.2013.

Marischka, Christoph/Wagner, Jürgen: Mali: Kriegsgetrommel im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz, *IMI-Standpunkt 3*, Tübingen 2013.

Merkel, Angela: «Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt», Rede zum 50. Jubiläum des Bergedorfer Gesprächskreises der Hamburger Körber-Stiftung, 9.9.2011.

Mickan, Thomas: Die UN und der neue Militarismus. Von Krieg und UN-Frieden: Peacekeeping, Regionalisierung und die Rüstungsindustrie, Informationsstelle Militarisierung, Tübingen 2011.

Mickan, Thomas: Responsibility to Arm, in: *Junge Welt*, 24.11.2012, S. 2.

Mickan, Thomas: Die Bundeswehr – der attraktive Konzern von nebenan?, in: *Deutschland: Wi(e)der die Großmacht*, Broschüre der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen 2015, S. 28–32.

Mickan, Thomas: Wie viele Menschen hat die Bundeswehr in Afghanistan getötet?, in: *IMI-AUSDRUCK*, Februar 2015, S. 12–14.

Mickan, Thomas: AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Zusammenarbeit und Widerstand, in: *IMI-AUSDRUCK*, April 2015, S. 22–23.

Müller, Andreas: Ärger nach Besuch in Kamerun, in: *Stuttgarter Zeitung*, 15.10.2012.

Müller, Andreas: Berliner Freibrief für Botschafter, in: *Stuttgarter Zeitung*, 25.12.2012.

N

Nachtwei, Winfried: Überfällig oder nur verdächtig?, *ZFD Magazin* 11/2014.

NATO/Resolute Support: Afghan National Security Forces Get Pay Raise, *Onlineportal*.

O

O'Donnelland, Lynne/Khan, Mirwais: «Ghost» Troops in Afghanistan's Military, in: *Real Clear Defense*, 11.1.2016.

Overhaus, Marco: 2014 Quadrennial Defense Review – Entwicklungstrends US-amerikanischer Verteidigungspolitik und Konsequenzen für die Nato, *SWP-Aktuell A 12/2014*.

P

Pflüger, Tobias: «Das ist ein Tabubruch in der Außenpolitik», *IMI-Standpunkt 44*, Tübingen 2014.

Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Hollande anlässlich des EU-Afrika-Gipfels, 2.4.2014, unter: *bundestkanzlerin.de*.

Prieß, Ingo: Ausbildung irakischer (IRQ) Sicherheitskräfte im Pionierwesen, in: *Pioniere der Unterelbe e. V.*, Rundbrief 1/2006, S. 2–7.

Pingeot, Lou/Obenland, Wolfgang: In whose name? A critical view on the Responsibility to Protect Rosa Luxemburg Stiftung New York Office and Global Policy Forum, New York/Bonn 2014.

Pommerin, Reiner: Exportartikel Innere Führung, in: *if – Zeitschrift Innere Führung*, *Onlineportal*, 4.12.2013. Puglierin, Jana/Feyock, Sebastian/van Diepen, Yvonne: Ertüchtigen statt wegsehen, in: *Internationale Politik* 2/2014, S. 60–65.

R

Rees, Jonathan: What next for the African Standby Force?, in: *The Herald*, 8.12.2015.

Reinecke, Stefan: Die verschärfte Merkel-Doktrin, in: *die tageszeitung*, 1.9.2014.

Reisinger, Christoph/Weißenborn, Michael: Bundeswehr und Africom wollen kooperieren, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 28.4.2014.

Rogge, Ronald: Deutschland hilft seit über 40 Jahren, in: Y-Magazin 6–7/2013.

Rudolf, Peter: Schutzverantwortung und humanitäre Intervention – Eine ethische Bewertung der «Responsibility to Protect» im Lichte des Libyen-Einsatzes, SWP-Studien 3/2013.

S

Sanchez, Raf: First Syria rebels armed and trained by CIA «on way to battlefield», in: Telegraph, 3.9.2013.

Scheen, Thomas: Deutscher Botschafter in Kongo abberufen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.11.2006. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 25./26.6.2015, EUCO 22/15.

Schmitz, Colla: Für Extremsituationen gerüstet – jederzeit und weltweit, in: Bundeswehr aktuell 32/2013.

Schneider, Jochen: Letztes Kontingent. Partnering Advisory Task Force Kunduz, in: Europäische Sicherheit & Technik 6/2014.

Schürkes, Jonna: Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten, in: IMI (Hrsg.): Krisenmanagement: «Sicherheitsarchitektur» im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 31–41.

Schürkes, Jonna: «Die Leute vor Ort machen die Drecksarbeit ...», IMI-Analyse 41, Tübingen 2010.

Schürkes, Jonna: «Statebuilding light» Sicherheitssektorreformen als Herrschaftstechnik, in: Wissenschaft & Frieden 4/2010, S. 58–60.

Schürkes, Jonna: Arming Somalia, IMI-Analyse 12, Tübingen 2010.

Schürkes, Jonna: Staaten bauen heißt die Bevölkerung kontrollieren, IMI-Studie 7, Tübingen 2011.

Schürkes, Jonna: KFOR und die Etablierung der Grenzen des Kosovo, IMI-Analyse 9, Tübingen 2012.

Schürkes, Jonna: Wer wird Soldat? Zur Motivation junger Menschen, Soldat zu werden, in: Wissenschaft & Frieden 4/2014, S. 15–16.

Schürkes, Jonna: Kosovo: Eine neue Armee und ein deutlich eingeschränktes Mandat für EULEX, IMI-Standpunkt 31, Tübingen 2014.

Seliger, Marco, in: NDR: «Ertüchtigungs»-Strategie reiner Aktionismus?, Sendung vom 21.2.2015.

Siebert, Bernd: Mehr Geld für Verteidigung!, in: Europäische Sicherheit & Technik 10/2014, S. 10–12.

Sleiman, Jad: IG: US can't verify how money for Afghan troop salaries is being spent, in: Stars and Stripes, 29.4.2015.

South African Government: Defence hosts AMANI AFRICA II field training exercise, 19 Oct to 7 Nov, Pressemitteilung, 7.10.2015.

Spivak, Gayatri Chakravorty: Feminism and Human Rights, in: Shaikh, Nermeen (Hrsg.): The Present as History. Critical Perspectives on Contemporary Global Power. New York 2008, S. 172–201.

Spiegel Online/als/dpa/Reuters/AFP: Vorbereitung auf Anschläge: Brasilien kauft deutsche Panzer für Fußball-WM, 12.4.2013.

Spiegel Online: Anti-IS-Allianz: Bundeswehr soll libyische Soldaten ausbilden, 9.1.2016.

Stadt Stuttgart: OB Kuhn empfängt Kommandeur des US-Europakommandos, Pressemitteilung, 24.4.2014.

Stadt Stuttgart: Lieutenant General William B. Garrett III. zum Antrittsbesuch bei OB Kuhn, Pressemitteilung, 27.8.2014.

T

Thörner, Marc/Zeidler, Markus/Jahn, Philipp: Krieg gegen den IS: Wo Deutschlands Waffen wirklich landen, in: Monitor 671, 15.1.2015.

Turse, Nick: The U.S. Military's Battlefield of Tomorrow, in: LobeLog Foreign Policy, 14.4.2015.

U

UN/Report of the Secretary-General: Implementing the responsibility to protect, A/63/677, 2009.

UN/Report of the Secretary-General: Fulfilling our collective responsibility: international assistance and the responsibility to protect, A/68/947-S/2014/449, 2014.

UN/Security Council: Unanimously Adopting Resolution 2151 (2014), Security Council Underscores Need for National Ownership of Security-Sector Reform, SC/11369, 28.4.2014.

Unterrichtung durch die Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Abschlussbericht der Kommission, 16.6.2015, Drucksache 18/5000.

USAFRICOM: U.S., partner nations gather in Malawi for Exercise Southern Accord 14, 30.7.2014.

US-Army: FM 3-24 MCWP 3-33.5 INSURGENCIES AND COUNTERING INSURGENCIES, 2006.

US-Army: FM 3-24 MCWP 3-33.5 INSURGENCIES AND COUNTERING INSURGENCIES, Mai 2014.

US-Office of Public Safety/Agency for International Development: Police Survey Mission to the Republic of Rwanda, Washington D.C. 1964.

U.S. Department of State: Global Peace Operations Initiative; state.gov.

U.S. Department of State: Fiscal Year 2015 Congressional Budget Justification – Department of State, Foreign Operations, and Related Programs, 2014.

V

VibeGhana: KAIPTC holds maiden Responsibility to Protect Course, 10.11.2014.

Vom Hagen, Ulrich: Homo militaris, Bielefeld 2012.

Von Boemcken, Marc: Ertüchtigung als neue Strategie europäischer Sicherheitspolitik, Reader Sicherheitspolitik, Ausgabe 11/2015.

Von der Leyen, Ursula/BMVg: Ministerin von der Leyen im Zeit-Interview: Tabus beiseite legen und offen diskutieren, 2014.

Von Hammerstein, Konstantin/Neukirch, Ralf/et al.: Die Merkel-Doktrin, in: Der Spiegel 49/2012.

W

Wagner, Jürgen: Globalisierung, Armut und Krieg. Die Krise des Neoliberalismus und die militärischen Reaktionen des Westens, IMI-Studie 10, Tübingen 2010.

Wagner, Jürgen: Die EU als Rüstungstreiber, Broschüre GUE/NGL, 2. Aufl., Tübingen 2012.

Wagner, Jürgen: Deutschlands (neue) Großmachtambitionen. Von der «Kultur (militärischer) Zurückhaltung» zur «Kultur der Kriegsfähigkeit», IMI-Studie 2, Tübingen 2015.

